

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerische Kirchenzeitung : Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge**

Band (Jahr): **186 (2018)**

Heft 21

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

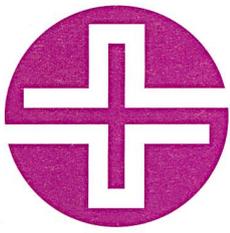
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>



SKZ

Schweizerische Kirchenzeitung

Christentum und Populismus



Tausende demonstrieren alljährlich deutschlandweit gegen Pegida, Kurzform für Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. (Bild: Jens Meyer, 2016 in Dresden)

Vor wenigen Tagen war ich in einer reformierten Kirchgemeinde in Budapest zu Gast. Im gut besuchten Gottesdienst steht man vor dem Segen zur Nationalhymne auf und schaut zur Flagge, die neben der Kanzel steht. Man sagte mir, es sei auch in katholischen Gottesdiensten so. Alle waren äusserst liebenswürdig, gastfreundlich und fromm. Aber beim Thema Flüchtlinge versteinerten sich die Mienen. Diese Haltung hat sich seit der letzten grossen politischen Kampagne verschlimmert. Wen wundert es, wenn die Opposition ausgeschaltet wird und die Medien in einer Hand sind? Am letzten Tag meines Aufenthalts war Recep Tayyip Erdogan bei Viktor Orbán zu Besuch. Es war nicht einfach, an so vielen Blockaden vorbei zum Flüchtlingszentrum Kalunba zu kommen. Die Leiterin erzählte, dass keine Kirchgemeinde, nur die schottische Mission in Budapest, ihre Arbeit mit Flüchtlingen unterstütze. Flüchtlinge bekommen vom Staat keine Hilfe mehr. Organisationen, die ihnen helfen, werden kriminalisiert. Wie konnte es so weit kommen?

Populistische Führungspersönlichkeiten beanspruchen für sich, die Stimme des Volks zu sein. Alle, die sie kritisieren, sind Feinde des Volks. Die sogenannte Elite gehört nicht zum Volk. Ob in Polen, Deutschland, Frankreich, den USA, England, Ungarn oder der Türkei – populistisch Denkende malen sich ein moralisch reines, homogenes Volk, das durch die Fremden mit anderen Religionen und Werten und durch die korrupten Eliten gefährdet wird. Freiheitlich-demokratische Strukturen seien zu marode, um diese Gefahr abzuwenden. Darum muss der starke, autoritäre Führer durchgreifen, das Parlament, die Justiz und die «Lügen-Presse» diskreditieren. Ich glaube, die Vorstellung des unschuldigen, moralisch überlegenen

Volkes mit den richtigen Werten kommt bei religiösen Gemeinschaften gut an. An diesem Punkt sind sie anfällig und machen sich manipulierbar.

Als Gegengift dazu möchte ich zwei kritische Christen zitieren, die wie die Propheten Götzendienst anprangerten, wenn sie ihn sahen. Huldrych Zwingli: «Gottes Wort muss Widerstand haben, damit man seine Kraft sieht. Wenn ein Pfarrer nur leisetritt und süss schwatzt, geht alle Gerechtigkeit und Freiheit zugrunde. Ich habe alle meine Anfeindungen daher, dass ich kämpfe gegen Raub, Krieg und Gewalt» (aus den Matthäuspredigten). Karl Barth in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934: «Jesus Christus [...] ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung ausser und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.» Bedingungslose Loyalität schulden Christen nur Christus. Die Gewissensfreiheit und die Menschenwürde gilt es zu beschützen. Kein vermeintlicher Volkswille darf sich über die Menschenrechte der Einzelnen erheben. Wie leicht ist es doch, den «Volkswillen» zu manipulieren, wenn die Checks und Balance ausgehebelt werden und ein autoritärer Führer entscheidet, was gesehen und gehört werden darf.

Unsere Zeit braucht prophetische Stimmen und Gemeinschaften, die Mitmenschen im Sinne von Jesus Schutz bieten vor dem «Hate Speech» des Populismus.

Catherine McMillan*

Editorial

Ein gefährdetes Gut

Wenn heute Abend, 22. November, in St. Gallen der neueste Bericht zur Religionsfreiheit weltweit von «Kirche in Not» vorgestellt wird, dann werden Zahlen die Verschlechterung der Situation an vielen Orten belegen und hierfür wesentliche Gründe angeführt. 60 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen das Grundrecht der positiven wie negativen Religionsfreiheit nicht anerkannt wird; in 38 Ländern werden Angehörige von ethnischen und religiösen Minderheiten systematisch diskriminiert oder verfolgt. Für die Verschlechterung der Situation werden verschiedene Faktoren genannt. Insbesondere nationalistische und kulturalistische Strömungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie suggerieren eine nationale Identität, die Fremde und Minderheiten ausschliesst. So befeuern rechtspopulistische Parteien und Regierungen in Europa die nationale Identität, arbeiten mit der Furcht der Bürger vor dem Fremden im eigenen Land, beschneiden die Pressefreiheit, sprechen für das Volk und schüren gegenwärtig eine feindliche Stimmung gegen Menschen islamischen Glaubens. Diese Entwicklungen zeigen, dass auch in den Mitgliedstaaten des Europarates, welche der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verpflichtet sind, die Religionsfreiheit sorgsam gepflegt und stets neu errungen werden muss. Die Religionsfreiheit und die Menschenrechte insgesamt sind ein unabdingbares, aber gefährdetes Gut.

Maria Hässig



In dieser Ausgabe

Dialog

Erstes interreligiöses Friedensgebet in Thun BE 439

Kirchen und Rechtspopulismus

Erfolg der Rechten lädt zu Reflexion und Dialog ein 440

Christen im Brennpunkt

Strategisches Interesse von rechten Parteien an Christen 442

Geschichtliche Entwicklung

Rechtspopulismus – seit den 1990er-Jahren erfolgreich 444

Ungarn

Christliche Werte kommen nur in Spuren vor 446

Kreuze im öffentlichen Raum

Das Kreuz mit dem Kreuz 447

Stille Nacht

Seit 200 Jahren das beliebteste Weihnachtslied 448

Sternsingeraktion

Feiert das 30-Jahr-Jubiläum 449

Freiwilligenarbeit

Tischlein deck dich: Lebensmittelhilfe in der Schweiz 450

Amtliche Mitteilungen

452

Anzeigen

454

Impressum

451



* Catherine McMillan, 1961 in Schottland geboren, studierte in Frankreich, Deutschland und den USA. Sie war Pfarrerin im Bezirk Konstanz (D), im Toggenburg SG und seit 2014 in Dübendorf-Schwerzenbach ZH. Sie ist Reformationsbotschafterin der Zürcher Landeskirche und Sprecherin beim «Wort zum Sonntag».

«Wir haben ein Zeichen gesetzt»

Am 4. November fand in Thun das erste Friedensgebet mit Christen und Muslimen mit überwältigender Beteiligung statt. Initiant Hans H. Weber erzählt, wie es dazu gekommen ist und wie es weitergeht.

SKZ: **Wie kam es zur Idee eines gemeinsamen Friedensgebets?**

Hans H. Weber: Wir von der katholischen Pfarrei St. Marien in Thun pflegen seit längerer Zeit Kontakt mit dem Islamischen Kulturzentrum IKRE, Thun. Diakon und Gemeindeleiter Patrick Erni und ich leiten das Projekt Forum-Utopia für den interreligiösen Dialog. Muslimischer Partner ist der Imam von Thun, Azir Aziri. Unser aller Antrieb war, dem ambivalenten und oft von den Medien verzerrten Bild des Islams mit einem gemeinsamen Anlass ein Zeichen für Vernunft, Toleranz und gegenseitige Akzeptanz zu setzen.

Wie reagierten die Thuner Moslems auf diese Idee?

Die Gläubigen der Moschee IKRE stammen aus dem Balkan. Sie unterstreichen, dass sie nicht Araber, sondern Europäer sind, und sie haben sich inzwischen sehr gut bei uns integriert. Nach langem Zögern seitens des IKRE traf ich mich mit Aziri in der Moschee. Als wir die ersten Worte wechselten und wir uns gegenseitig positionierten, brach ein Damm, und nach vielen weiteren Gesprächen sind wir enge, gute Freunde geworden. Trotz religiös bezogen unterschiedlicher Glaubensauffassung verstehen wir uns als Partner auf gleicher Augenhöhe.

Hatten Sie ein Motto, und wie lief das Friedensgebet ab?

Unser Motto lautete: «Nicht miteinander, sondern füreinander beten!» Damit wollten wir unseren gegenseitigen Respekt gegenüber der anderen Religionsgruppe bezeugen. Nach zwei selbständigen Gebeten, die Imam Aziri mit seinen Gläubigen, Männern und Frauen, betete und wo wir Christen zuschauten, beteten wir Christen. Für die Christen war es vermutlich das erste Mal, dass sie ein islamisches Gebet miterlebten. Auch unser Gebet, das Diakon Patrick Erni und seine Mitarbeiterin Sonja Lofaro hielten, wurde von

den Moslems achtsam verfolgt. Darauf richtete Aziri seine erste deutschsprachige Predigt überhaupt an alle Teilnehmer. Diakon Erni folgte mit seiner Predigt.

Wie waren die Reaktionen?

Das Interesse unserer eigenen Leute wie auch jenes unserer muslimischen Freunde war überwältigend. Wir rechneten nicht mit einem so grossen Aufmarsch. Für uns wie auch für Azir Aziri wurde klar und deutlich demonstriert, dass unsere Moslems zur konstruktiven Mitarbeit mit uns Christen bereit sind und umgekehrt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ein älterer Mann stellte nach dem Anlass fest: «Ich bin nun 40 Jahre in der Schweiz, und bis zum heutigen Tag gab es keinen gegenseitigen Dialog, es ist einfach wunderbar.»

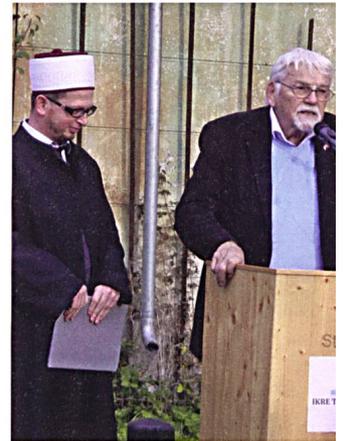
Was passierte nach dem Friedensgebet?

Am Ende dieser interreligiösen Aktion eröffneten Imam Azir und ich den Dialog zwischen den Mitgläubigen. Die muslimischen Frauen mischten sich unter die christlichen Frauen, verteilten kleine Spezialitäten aus ihrer Heimat und es entstand eine Atmosphäre des Friedens und gegenseitiger Achtung. Wir Organisatoren beobachteten den regen Kontakt zwischen Christen und Moslems und konstatierten, dass wir unser Ziel erreicht hatten: vom «Man sollte, könnte oder müsste» zum «Wir haben gemacht!» Es gab tatsächlich Mitmenschen, die während der Gebete und Predigten Tränen in den Augen hatten.

Wie geht es nun weiter?

Der Imam der Berner Moschee versicherte, dass er den interreligiösen Dialog auf gleicher Augenhöhe ebenfalls anregen wolle, und wir haben das Ziel, uns in der gemeinsamen Jugendarbeit zu engagieren. Wir bleiben auf jeden Fall dran und gehen den eingeschlagenen Weg miteinander weiter.

Interview: Brigitte Burri



Imam Azir Aziri und Pfarrer Hans H. Weber anlässlich des ersten interreligiösen Friedensgebets in Thun.

(Bild: Christine Burghagen)

Weitere Informationen

Röm.-kath. Pfarrei St. Marien, Kapellenweg 9, 3600 Thun, www.kath-thun.ch/stmarien und Islamisches Kulturzentrum Thun (IKRE), Rampenstr. 1, 3600 Thun, www.ikre.ch

Ein Dialog mit Grenzen

Anstatt sich in Alarmismus zu gefallen und auszugrenzen, sollten die Kirchen das Gespräch mit rechtspopulistischen Parteien suchen. Der Dialog hat allerdings seine Grenzen.



Dr. habil. Béatrice Acklin Zimmermann studierte evangelische und katholische Theologie und Politikwissenschaften. Sie leitet den Studienbereich Religion, Theologie und Philosophie an der Paulus-Akademie in Zürich und ist als FDP-Abgeordnete Mitglied des Freiburger Parlaments.

Als FDP-Abgeordnete im Freiburger Stadtparlament und im Freiburger Agglomerationsrat schlägt die Theologin Béatrice Acklin Zimmermann die Brücke zwischen Religion, Kirche und Politik und setzt sich gegenwärtig intensiv mit populistischen Strömungen auseinander. Im Rahmen des ZFF Talks am internationalen Zurich Film Festival 2017 leitete sie die Diskussion über den Film «Das Fest» der deutsch-polnischen Regisseurin Alexandra Wesolowski. Der Film bietet Einsichten in die polnische Gesellschaft und den europäischen Rechtspopulismus. Die SKZ fragte bei Béatrice Acklin Zimmermann nach.

SKZ: Was heisst eigentlich Populismus?

«Populismus» ist mittlerweile zu einem Kampfbegriff «hüben wie drüben» geworden und wird inflationär als Vorwurf gegen jede missliebige Meinung verwendet. «Populistisch sind immer die anderen!», titelte kürzlich die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», und das ist auch meine Erfahrung als Abgeordnete in einem Parlament. In der Regel ist es der politische Gegner, den man des Populismus bezichtigt. Dass es aber kaum einen Politiker gibt, der nicht auch populistisch agiert, weiss jeder, der schon mal einen Wahlkampf führte. Eine politische Meinung «mundgerecht» zu präsentieren, ist an sich ja nichts Verwerfliches, und um die Gunst der Massen zu ringen, ist das völlig legitime Bestreben aller Politiker und Parteien. Entscheidend scheint mir vielmehr die Frage, wie weit Populismus gehen darf. Die Grenze ist dort definitiv überschritten, wo der Rechtsstaat ausgehöhlt und die Pressefreiheit eingeschränkt werden, wie dies derzeit etwa in Polen und Ungarn geschieht, oder wo fremdenfeindliche Ressentiments geschürt und Hetzkampagnen gegen Fremde losgetreten werden, wie dies einzelne Mitglieder der AfD (Alternative für Deutschland) tun.

Was ist rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien gemeinsam?

Glaubt man Fachleuten, dann zeichnet sich der Rechtspopulismus vor allem durch zwei Wesensmerkmale aus: Zum einen ist er antipluralistisch und deshalb z. B. ethnischen und religiösen Minderheiten gegenüber ablehnend eingestellt; zum anderen nimmt er für sich und seine politischen Thesen die alleinige moralische Vertretung in

Anspruch. Das heisst, Rechtspopulisten sagen: «Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk» und meinen das nicht als empirische, sondern als moralische Aussage. Rechtspopulisten betonen ihre rigorose Parteinahme für das Volk. Sie sehen dieses durch das politische «Establishment» in seiner Souveränität und durch kulturell «Fremde» in seiner Identität bedroht. Die Systemkritik der Populisten, und zwar – das möchte ich betonen – von rechts wie von links, lebt davon, im Fundamentalen zu bleiben, ohne irgendeine konkrete Antwort auf Probleme der Migration oder der Renten zu geben. Sie entzieht sich so der eigentlichen politischen Auseinandersetzung, schafft aber ein Klima, das demokratische Prozesse verunglimpft und lächerlich zu machen versucht.

Rechtspopulismus ist also eine Herausforderung für Politik und Kirchen.

Leider tun es die Kirchen den etablierten Parteien gleich und gefallen sich vor allem in Alarmismus, anstatt sich selbstkritisch die Frage zu stellen: Was ist es, was die Populisten derzeit so populär macht? Wer sind diese Leute, die sich von populistischen Parteien begeistern lassen und von denen sich auffällig viele als religiös bezeichnen? Und was bedeutet es, dass fromme Kirchgänger nach rechts abwandern und Parteien nachlaufen, die sich als Anwalt der christlich-abendländischen Kultur geben? Wenn es zutrifft – wie eine breit angelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt –, dass sich der Erfolg populistischer Parteien in Europa hauptsächlich aus der Angst um den Verlust traditioneller Wertvorstellungen speist und über ein Drittel der Wähler überzeugte konservative Christen aus der Mitte der beiden grossen Kirchen sind, dann kommen die Kirchen nicht darum herum, sich selbstkritisch mit diesen unbequemen Fragen auseinanderzusetzen.

Der Aufstieg der Rechtspopulisten hat mit Werten und Wertekonflikten zu tun.

Wie die Allensbacher Auszählung und Wahlumfragen zeigen, haben konservative Kirchgänger vor allem in der Familienpolitik Schnittmengen mit der AfD. Hinzu kommt ein ausgeprägtes Ordnungs- und Autoritätsdenken, das die AfD angeblich für zahlreiche Katholiken attraktiv ma-

chen soll. In Polen wiederum glauben viele Gläubige, in der rechtspopulistischen Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość) einen Verbündeten gefunden zu haben, der ihre katholisch-konservativen Wertvorstellungen bezüglich Familie, Sexualmoral und kultureller Identität verteidigt gegen Gendervorstellungen, eine liberale Abtreibungspolitik und die Bevormundung aus Brüssel.

Sollen die Kirchen den Dialog mit rechtspopulistischen Parteien suchen?

Dass das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Parteivertreter der AfD vom Katholikentag eingeladen hat mit der Begründung, man wolle der neuen Rechten auf keinen Fall ein Forum bieten, auch wenn sich etliche Parteimitglieder als Katholiken verstünden, erachte ich als grundfalsch. Anstatt diese Leute auszugrenzen und zuzulassen, dass sie sich dann als Märtyrer inszenieren, sollten die Kirchen unbedingt das Gespräch mit ihnen suchen. Zweifellos gibt es unter den Rechtspopulisten solche, die klebrige und hässliche Töne anschlagen. Aber es gibt eben auch jene – und das dürfte die überwiegende Mehrheit sein –, die weder Rassisten noch Abgehängte, sondern besorgte und verängstigte Bürger sind: solche, die mit der rasant sich verändernden Welt nicht mehr zurechtkommen, die ihre Wertvorstellungen in Gefahr sehen und die sich von der Politik übergangen oder nicht ernst genommen fühlen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In einem kleinen Dorf in Schleswig-Holstein, wo ich regelmässig meine Ferien verbringe, äusserten Dorfbewohner ihren Unmut darüber, dass die Politik in Berlin sich vor allem um Minderheiten kümmern und über genderneutrale Toiletten streiten würde, anstatt dafür zu sorgen, dass in ländlichen Gegenden genügend Ärzte und eine angemessene Internet-Infrastruktur vorhanden sei. Ein beachtlicher Teil dieser «Wutbürger» wählt AfD, um damit ihren Protest gegen die Bundesregierung zu bekunden, von der sie sich im Stich gelassen fühlen.

Wo sehen Sie die Grenzen eines solchen Dialogs?

Als Christin muss ich bereit sein, mit Menschen zu reden, die nicht meiner Meinung sind, also auch mit jenen, die sich in rechtspopulistischen Parteien engagieren oder sie wählen. Eine klare Distanzierung gegenüber rechtspopulistischen Parteien darf auf keinen Fall mit Dialogverweigerung verwechselt werden. Wo der Populismus das Ressentiment und das Vorurteil bedient, müssen seine Gegner auf das Argument setzen. Anstatt Abstiegsängste oder Überfremdungsängste in der Bevölkerung einfach abzuwehren

und dadurch die Polarisierung der Gesellschaft noch zu verstärken, sollten diese Ängste genau ergründet werden. Eine klare Grenze ist dann gesetzt, wenn Angst sich in Gewalt, auch in verbaler Gewalt ausdrückt. Da muss «klare Kante» gezeigt werden. Die Menschenwürde, theologisch würde man von der Gottebenbildlichkeit des Menschen sprechen, ist unantastbar. Hier gibt es nichts zu erklären und nichts zu verhandeln. Menschenverachtende Äusserungen verdienen nur eine Antwort, nämlich ein klares Nein. Aber mit diesem Nein ist das Gespräch noch nicht zu Ende, sondern fängt erst an. Als Christin muss ich zwischen inakzeptablen Positionen oder Handlungen und der Person selber unterscheiden. Deshalb – und davon bin ich felsenfest überzeugt – muss das Gespräch auch mit denen gesucht werden, deren politische Überzeugungen uns total verquer erscheinen. Anstatt uns permanent über die Stimmengewinne von populistischen Parteien zu empören, sollten wir uns vielmehr fragen, wann wir das letzte Mal versucht haben, jemanden im persönlichen Gespräch von einer solchen Wahlentscheidung abzubringen. Und vielleicht sollten wir uns auch fragen, wann wir das letzte Mal bereit waren, unsere eigene Meinung zu ändern.

«Die politischen Parteien bestimmen selber durch Programm und Praxis ihre Nähe oder Distanz zur Kirche», lautet ein Wort von Joseph Kardinal Höfner (1906–1987). Welche Kriterien sind aus Ihrer Sicht hilfreich für die Kirchen, wenn es um die Einschätzung der Vereinbarkeit bzw. Nichtvereinbarkeit von Parteiprogramm und christlichen Werten geht?

Davon halte ich gar nichts. Das Papier der Parteiprogramme ist nicht nur langweilig und langfädig, sondern auch geduldig. Ausserdem sind mir Parteien, die für sich beanspruchen, eine christliche Politik zu betreiben und christliche Werte zu vertreten, grundsätzlich suspekt. Zu oft schon wurde und wird das Christentum von politischen Parteien, und zwar zur Rechten wie zur Linken, instrumentalisiert. Hingegen gibt es Christen in allen Parteien. Und im Unterschied zu Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden ist die Kirche eben nicht eine Interessengruppe, sondern sie zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass ihr Menschen unterschiedlichster politischer Ausrichtung und mit ganz unterschiedlichen politischen Meinungen angehören. Entsprechend sollte sich die Kirche davor hüten, sich vor den Karren einer Partei oder einer Interessengruppe spannen zu lassen.

Interview: Maria Hässig

Kein Interesse an christlichen Werten

Der Massstab der «Gottebenbildlichkeit» verpflichtet: Wer sich als Christ versteht, muss «konservativ» von «rechts» unterscheiden. Es gilt, die grundlegenden Motive rechtsextremer Parteien und Medien aufzudecken.



Dr. Sonja A. Strube (Jg. 1968) ist Privatdozentin für Pastoraltheologie/Religionspädagogik am Institut für Katholische Theologie und Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt «Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft» an der Universität Osnabrück. Seit 2011 forscht und veröffentlicht sie zu rechtsextremen Tendenzen in christlichen Milieus.

Rechtsextremen Einstellungsmustern liegt die Vorstellung einer Ungleichwertigkeit unterschiedlicher Menschen zugrunde: Eine «Ideologie der Ungleichwertigkeit» ist Kern und Kristallisationspunkt rechter Einstellungen.¹ Damit widerspricht jedwede rechte Ideologie diametral einer unaufgebbaren Grundüberzeugung des christlichen Glaubens, nämlich der der Gottebenbildlichkeit ausnahmslos aller Menschen. Die Konzilsklärung «Nostra aetate» formuliert: «Wir können aber Gott, den Vater aller, nicht anrufen, wenn wir irgendwelchen Menschen, die ja nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, die brüderliche Haltung verweigern. [...] So wird also jeder Theorie oder Praxis das Fundament entzogen, die zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk bezüglich der Menschenwürde und der daraus fließenden Rechte einen Unterschied macht. Deshalb verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen oder jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen, weil dies dem Geist Christi widerspricht.» (NA 5)

Das Zweite Vatikanische Konzil wendet sich ausdrücklich gegen das, was rechte Ideologien ausmacht: das Denken in Ungleichwertigkeiten, Diskriminierung durch Einzeltaten und Strukturen sowie schliesslich Gewaltakte. Dies ist kein Zufall, denn die «Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen» ging hervor aus dem Erschrecken über die Shoah und der Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit ihrer Schuld am religiösen Antijudaismus, aus dem der rassistische Antisemitismus hervorging. Obwohl man aus gutem Grund sagen kann, dass rechte Ideologien christlichen Grundüberzeugungen widersprechen, gibt es dennoch – und wie es scheint, derzeit in stärkerem Masse als vor Jahren – praktizierende Christen, die aus Überzeugung rechte Parteien wählen. Wie lässt sich das erklären?

Das taktische Interesse

Vonseiten der politischen extremen Rechten besteht seit geraumer Zeit aus strategischen Gründen Interesse daran, konservative Christen für sich zu gewinnen. Erklärtes Ziel einiger Zirkel

europaweit vernetzter Rechtsintellektueller ist es, ihr Gedankengut inklusive demokratie- und verfassungsfeindlicher Inhalte so zu verpacken und rhetorisch aufzubereiten, dass sie damit die bürgerliche Mitte erreichen. Gewinnen rechte Gruppierungen oder Parteien einzelne Christen, womöglich gar kirchliche Leitungspersonen oder Amtsträger, für sich und können mit diesen öffentlichkeitswirksam werben, so erscheinen sie unter Christen wie Nichtchristen direkt sehr viel bürgerlicher, gemässigter, akzeptabler. Aus diesem Grund gehen rechte Gruppierungen und Parteien von FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und AfD (Alternative für Deutschland) bis ins rechtsextreme Spektrum hinein gezielt auf Christen zu, etwa indem sie sich ein vorgebliches Engagement gegen Christenverfolgungen auf die Fahnen schreiben. Insbesondere über den Themenbereich Familie gelangen in den vergangenen Jahren milieuübergreifende Vernetzungen im gesamten rechten Spektrum und bis hinein in christlich-konservative Kreise.²

Dieselben Werte?

Obwohl ein solch strategisches Interesse rechter Parteien an Christen recht durchschaubar ist, lassen sich manche konservative Gläubige blenden. Denn rechte Parteien scheinen in ihrer harschen Ablehnung des Islams und ihrem vorgeblichen Einsatz für das «christliche Abendland» ebenso wie im behaupteten Familien- und Lebensschutz und der Ablehnung homosexueller Partnerschaften die womöglich letzten Verfechter althergebrachter Werte zu sein.

Wer genauer in Parteiprogramme und rechte Medien schaut, kann allerdings deutlich erkennen, dass die an der Oberfläche scheinbar gleichen Einstellungen auf sehr unterschiedlichen Motiven aufrufen. Am «christlichen Abendland» interessieren weder christliche Werte noch die Frage nach religiöser Wahrheit. Seit den 1990er-Jahren erfüllt im rechten Spektrum in zunehmendem Masse eine scharfe Islamfeindlichkeit als kulturalisierter antimuslimischer Rassismus die Funktion, die bis dahin biologistischer Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innehatten.³ Auch die Beweggründe für das Interesse an «traditionellen» Familien sowie die Ablehnung von Homo-

¹ Vgl. Pfahl-Traugber, Armin, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 4. Aufl. München 2006, 14–16.

² Vgl. Strube, Sonja Angelika, *Familienbild als Einflugschneise. Was Gläubige anfällig macht*, in: *Neue Caritas. Politik, Praxis, Forschung*, Heft 20/Nov. 2016, 9–13.

³ Zur Modernisierung der extremen Rechten vgl. Häusler, Alexander; Roeser, Rainer, *Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland*, Erfurt 2014, 10, auf: <https://mobit.org>.

sexualität und Abtreibung wurzeln im rechten Spektrum dezidiert *nicht* im Interesse an Moral oder am Lebensrecht aller Menschen, sondern in völkischen Ideologien, sind also keinesfalls vom Glauben an die Gottebenbildlichkeit ausnahmslos aller Menschen motiviert, sondern von völkisch-rassistischem Denken.

Neben Christen, die aus konservativer, das heisst wertebewahrender Motivation heraus erwägen, rechte Parteien zu wählen, weil sie nicht genau genug deren völkisch-rassistische Motive erkennen, gibt es allerdings auch Christen, die sich wissentlich und willentlich im Bereich einer bisweilen bürgerlich auftretenden extremen Rechten engagieren.

Rechte Christen

Vorreiterin der Strategie, extrem rechtes Gedankengut rhetorisch geschickt in die gesellschaftliche Mitte zu tragen, war und ist in Deutschland die neurechte Wochenzeitung «Junge Freiheit», die seit den 1990er-Jahren um konservative christliche Leser wirbt, indem sie katholische und traditionalistische sowie evangelikale Autoren führt. Neben Scharnierorganen der Neuen Rechten, die sich ein bürgerliches Image geben, können auch hetzerische pegidanahe Medien mit Artikeln und Interviews von Christen aufwarten. Ebenso gibt es sich christlich verstehende Medien, die mit politisch rechten Medien kooperieren, auf sie verlinken, Berichte übernehmen usw. Einen Extremfall der Verquickung bestimmter (Zerr-)Formen von Religiosität mit rechtsextremen Einstellungen zeigen Websites wie «kreuz.net»: Die sich selbst «katholische Nachrichten» nennende anonyme Seite verbreitete neben reaktionär-katholischen und traditionalistischen auch jede Menge rechtsextremer Inhalte, betrieb Holocaustleugnung und volksverhetzenden Antisemitismus in nach deutschem Recht strafbarem Masse.

Im katholischen Gemeindeleben in Deutschland treten Christen mit solchen Einstellungen meiner Einschätzung nach wenig in Erscheinung, dürften auch eine kleine Minderheit sein, doch in einschlägigen Internetforen wird eine – letztlich weltweite – Vernetzung möglich.

Autoritäre Einstellungen als Triebfeder

Beim Analysieren rechtschristlicher Internetseiten und ihrer Leserkommentarspalten fällt Typisches auf: neben extrem rigiden Moralvorstellungen und einer Überbetonung von Themen der Sexualität vor allem eine sehr negative Sicht auf die Welt, die Skandalisierung alltäglicher Vorgän-

ge, häufige verbale Abwertungen Andersdenkender.⁴ All diese Elemente prägen die rigiden religiösen Haltungen dieser Christen, und sie entsprechen dem, was Theodor W. Adorno schon in den 1940er-Jahren als «autoritäre Persönlichkeit»⁵ bezeichnete und als eine wesentliche Ursache für rechtsradikale politische Präferenzen ansah. Tatsächlich bestätigen sozialpsychologische Studien seither durchgängig, dass das heute «Autoritarismus» genannte Persönlichkeitsmerkmal mit einer erhöhten Neigung zu Vorurteilen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (W. Heitmeyer) und rechtsextremen Einstellungen einhergeht. Als zentralen wunden Punkt autoritärer Persönlichkeiten sieht Adorno eine «Ich-Schwäche» an: Autoritär strukturierte Menschen trauen sich selbst, ihrem Innenleben, ihren Gefühlen und ihrer Urteilsfähigkeit nicht und unterwerfen sich daher starren äusseren Normengerüsten oder Führungspersonen.⁶

Offenbar wurzeln religiöse Neigungen zu autoritären und fundamentalistischen Frömmigkeitsstilen und säkulare Neigungen zu autoritären rechten Politikstilen wesentlich in derselben persönlichen Prägung, die situationsbezogen – und hier kommt die Politik ins Spiel – verstärkt oder abgeschwächt werden kann.

Was kann Kirche tun?

1. Über das rein strategische Interesse rechter Gruppierungen an Christen und Christentum aufklären – und vor allem: ihm selbst nicht auf den Leim gehen, sich als kirchliche Leitungsperson keinen rechten Gruppierungen oder Medien zur Verfügung stellen.

2. Das Bewusstsein schärfen für den zentralen kritischen Bewertungsmaßstab christlich vertretbarer Politiken: dass sie die Gottebenbildlichkeit ausnahmslos aller Menschen im Blick haben und keine Ideologien der Ungleichwertigkeit vertreten.

3. Nationalistisches, völkisches Denken und kulturalisierten Rassismus erkennen, entlarven und konsequent und kompromisslos von wertkonservativen Haltungen unterscheiden.

4. Rigide autoritäre Frömmigkeitsstile kirchlicherseits nicht mit einer besonders grossen Glaubenskraft verwechseln.

5. Die sozialen und politischen Bedingungsfaktoren autoritärer politischer Präferenzen in den Blick nehmen und daher soziale Integration vor Ort fördern, weltweite Gerechtigkeit politisch einfordern und praktizieren – als «Global Player» kann die katholische Kirche hier viel tun und tut es bereits.

Sonja Strube

Der Artikel in voller Länge findet sich als Bonusbeitrag unter www.kirchenzeitung.ch

⁴ Vgl. Strube, Sonja Angelika, Widerstand gegen Papst Franziskus und seine Reformen. Empirische Beobachtungen am Beispiel der Internetseite kath.net, in: Kruip, Gerhard, Eglise qui change – Cinq ans après l'élection du Pape François. ET-Studies 1/2018, 27–50.

⁵ Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M. 1995.

⁶ Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter, aaO., 45–61.

Ein unklares Verhältnis zur extremen Rechten

Der Rechtspopulismus ist für viele Politiker als sehr erfolgreiche Strategie der Wählermobilisierung äusserst attraktiv. Sein Ausgangspunkt ist eng mit den Erneuerungsprozessen innerhalb der extremen Rechten verbunden.



Dr. Janosch Steuer (Jg. 1983) studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und Bielefeld. Seit 2016 ist er Oberassistent an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich.

Mit den zweiten Wahlen zum Europäischen Parlament betrat 1984 eine neue Partei die politische Bühne in Frankreich und Europa. Dem 1972 gegründeten Front National, der bislang bei Wahlen Stimmanteile um ein Prozent erzielte, war es aus dem Stand gelungen, gut elf Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen – ein Ergebnis, das er bei den nationalen Parlamentswahlen 1986 und 1988 annähernd wiederholen konnte. In den 1990er-Jahren stiegen die Ergebniszahlen sogar auf fast 15 Prozent an. Ähnliches vollzog sich in diesen Jahren in zahlreichen europäischen Ländern: in Belgien und Dänemark etwa, in Norwegen, Österreich und Italien. Zusammengekommen konnte in diesen Ländern eine Gruppe bislang weitgehend unbekannter und erfolgloser Parteien ihren Stimmanteil bei nationalen Parlamentswahlen vom Beginn der 1980er-Jahre bis zum Ende der 1990er-Jahre von durchschnittlich 5,8 Prozent auf 13,6 Prozent mehr als verdoppeln.¹

Neues Phänomen, neuer Begriff

Für diese Parteien bürgerte sich bereits in den 1980er-Jahren der Begriff «(Rechts-)Populismus» ein: ein neues Wort, das zuvor vor allem in der politischen Sprache der Vereinigten Staaten von Amerika, kaum aber in Europa zu Hause gewesen war. Es zeugt von der Neuartigkeit des Phänomens, mit dem sich politische Beobachter nun konfrontiert sahen. Doch zugleich stiftete es Streit: Streit über die Frage, wie dieses neue Phänomen «Rechtspopulismus» einzuordnen sei. Handelte es sich bei diesen Parteien um eine Innovation in den europäischen Demokratien, in denen sich nun neuartige politische Akteure etablierten? Oder war der Rechtspopulismus ein eigentlich altbekanntes Phänomen und sein gegenwärtiger Erfolg Teil des «Wiederauflebens des Faschismus und Rassismus in Europa», wie es ein Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments 1985 diagnostizierte? Dieser Streit wird auch noch heute geführt. In der öffentlichen Debatte ebenso wie in der Wissenschaft.² Dabei lässt sich an der Geschichte des Rechtspopulismus gut verstehen, dass sein entscheidendes Merkmal eben jenes unklare Verhältnis zur extremen Rechten ist, um dessen Festlegung nun

seit mehr als dreissig Jahren gestritten wird – auch wenn der Ausgangspunkt des Rechtspopulismus eng mit den Erneuerungsprozessen innerhalb der extremen Rechten verbunden war, die am Ende der 1960er-Jahre ihren Ausgang nahmen.

Neue politische Strategien

Zu dieser Zeit realisierten Aktivisten der extremen Rechten in ganz Europa endgültig, dass sich mit den politischen Strategien, die in der Zwischenkriegszeit den Aufstieg faschistischer Parteien in ganz Europa begründet hatten, kein politischer Einfluss mehr gewinnen liess. Anstelle des Versuchs, mit einem ausgefeilten politischen Programm bei Wahlen Mehrheiten oder auch nur relevante Teile der Wähler hinter sich zu bringen, brauchte es andere politische Strategien, wenn sie auch in Zukunft weiterhin politischen Einfluss entfalten wollten. Die zu dieser Zeit einsetzende Suche nach solchen Ansatzpunkten führte in unterschiedliche Richtungen. Auf der einen Seite entstanden in den 1970er-Jahren in ganz Europa neue Denkzirkel, die sich um die Schaffung einer «Neuen Rechten» bemühten. Sie griffen dabei bewusst Ideen und Strategien der linken Studentenbewegung der späten 1960er-Jahre auf, aus denen sie den Schluss zogen, dass Wahlerfolge erst dann wieder zu erreichen seien, wenn es der «Neuen Rechten» gelänge, die «kulturelle Hegemonie» in den europäischen Gesellschaften in ihrem Sinne zu verändern. Hierzu sollte die Reformulierung ideologischer Vorstellungen ebenso beitragen wie das Platzieren eigener politischer Begriffe in öffentlichen Debatten, von denen man sich langfristigen politischen Einflussgewinn versprach. Auf der anderen Seite begannen Aktivisten, mit Gewalt ganz unmittelbar an der Verwirklichung extrem rechter Vorstellungen zu arbeiten. Mit grossen Bombenattentaten ebenso wie mit den zahllosen Übergriffen und Anschlägen auf Einzelpersonen, die seit den 1970er-Jahren in verschiedenen europäischen Ländern stark anstiegen und auch zahlreiche Todesopfer forderten.

Die Entstehung der rechtspopulistischen Parteien seit den 1970er-Jahren lässt sich als dritte

¹ Wirsching, Andreas, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, 333.

² Als Überblick hierzu Minkenberg, Michael, Was ist Rechtspopulismus?, in: Politische Vierteljahresschrift 59 (2018), 337–352.

Variante der politischen Erneuerung am rechten Rand begreifen. Nicht nur entstanden verschiedene der neuen Parteien, etwa in Belgien und Frankreich, aus demselben politischen Milieu, aus dem die «Neue Rechte» und der Rechtsterrorismus erwachsen. Vor allem verband die rechtspopulistischen Parteien mit diesen der enge Fokus auf die beiden Themen Migration und internationale Verflechtung, um die sowohl die rechtsintellektuellen Debatten der «Neuen Rechten» kreisten wie auch der Rechtsterrorismus: Migranten wurden zum Hauptziel seiner Gewalt. Auch die rechtspopulistischen Parteien konzentrierten sich auf diese politischen Themen und leiteten aus ihnen den lautstark vorgetragenen Anspruch ab, dass nur sie für das «Volk» sprechen könnten. Denn sie würden sich – anders als «Eliten» und politische Konkurrenz – gegen die Bedrohungen stemmen, die in Migration und internationaler Verflechtung lägen: die «Überfremdung» durch wachsende Einwanderung sowie den Verlust «nationaler Identität» und Souveränität durch die zunehmende Einmischung europäischer und internationaler Institutionen in die nationale Politikgestaltung.

Ohne rechtsextreme Wurzeln

Wiesen die rechtspopulistischen Parteien damit auf der einen Seite enge Beziehungen zur extremen Rechten auf, gründete ihr Erfolg jedoch auf der anderen Seite in starkem Masse auf dem Umstand, dass sie sich diesem politischen Spektrum nicht mehr eindeutig zuschreiben liessen. Sie waren, wie der Historiker Andreas Wirsching argumentiert hat, ebenso Teil eines allgemeinen «Formenwandel[s] des Politischen»³, der sich in den 1980er-Jahren vollzog, und profitierten von ganz unterschiedlichen Entwicklungen: einer Politik- und Parteienverdrossenheit, die sich nach dem Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms überall in Europa beobachten liess; und einer zunehmenden Medialisierung der Politik insbesondere durch den Aufstieg des Privatfernsehens, die die Personalisierung, Skandalisierung und Polarisierung der politischen Auseinandersetzung goutierte und vorantrieb. In dieser Konstellation entfaltete die rechtspopulistische Argumentationsfigur vom durch Migration und internationaler Verflechtung bedrohten «Volk» Attraktivität auch für kleinere politische Akteure und Newcomer, die *nicht* dem rechtsextremen Spektrum entstammten. Dies zeigte sich nicht zuletzt in der Schweiz⁴, in der seit den 1960er-Jahren eine ganze Reihe ausländerfeindlicher Splitterparteien bestanden, die im Zuge einzelner

Volksabstimmungen (Schwarzenbach-Initiative) durchaus grossen politischen Einfluss entfaltet hatten. Aber nicht sie profitierten vom Aufschwung des Rechtspopulismus seit den 1980er-Jahren, sondern die Schweizerische Volkspartei. Die ursprünglich als Bauernpartei entstandene SVP hatte bis Ende der 1970er-Jahre nur eine Nebenrolle in der Schweizer Politik gespielt, begann dann aber eine programmatische und organisatorische Erneuerung, die sie in den 1990er-Jahren schliesslich zu einem der wichtigsten politischen Akteure des Landes machte. Dies war der Strategie des Zürcher Parteiablegers zu verdanken, der auf eine stärkere Polarisierung des politischen Streites mittels provokanter Kampagnen setzte, in denen die Partei in Abgrenzung von der politischen Konkurrenz als einzige wahre Stimme «der Schweizer» präsentiert wurde. Migrations- und Aussenpolitik bildeten auch hier die zentralen Themenfelder, mit denen die Durchsetzung dieses in der Gesamtpartei hoch umstrittenen Kurses gelang: Die rechtspopulistische Ausrichtung der Partei zeigte sich spätestens seit den 1990er-Jahren an der Urne schlicht als zu erfolgreich, als dass sich die konkurrierende Strategie einer Öffnung der Partei zur Mitte gegen sie behaupten konnte.

Von hoher Attraktivität

Wie sich politische Überzeugungen und taktische Interessen in diesem Fall und in ähnlichen zueinander verhielten, ist auch in der Rückschau nur schwer auszumachen. Doch die Attraktivität, die der Rechtspopulismus als ausgesprochen erfolgreiche Strategie der Wählermobilisierung auch für politische Akteure entfaltete, die nicht der extremen Rechten entstammten, ist unzweifelhaft. Sie zeigte sich am Aufstieg von Politikneulingen wie Silvio Berlusconi (Italien) oder Pim Fortuyn (Niederlande) in den 1990er-Jahren, denen der Rechtspopulismus einen schnellen Weg in den Politikbetrieb öffnete, ebenso wie am Flirt zahlreicher etablierter Parteiführer und Regierungschefs mit der rechtspopulistischen Argumentationsfigur von der «Überfremdung» durch Einwanderung und dem Verlust «nationaler Identität» durch internationale Verflechtung. Auch wenn sich die Entwicklung des Rechtspopulismus bis in die programmatische und ideologische Erneuerung der extremen Rechten am Ende der 1960er-Jahre zurückverfolgen lässt: Das unklare Verhältnis zu diesem politischen Spektrum ist ihm durch seine weitere Entwicklung fest eingeschrieben.

Janosch Steuwer

³ Ausführlich hierzu Wirsching, *Der Preis der Freiheit*, aaO., 308–339.

⁴ Hierzu ausführlich Skenderovic, Damir; D'Amato, Gianni, *Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren*, Zürich 2008.

Das Ende der liberalen Demokratie

Wie stehen die Kirchenleitungen und das Kirchenvolk zu Viktor Orbáns politischen Bestrebungen, aus Ungarn eine christliche Demokratie zu machen? Wie christlich ist seine Politik wirklich?



János Wildmann (Jg. 1954) wurde in Ungarn geboren und bereits im ersten Gymnasialjahr von der Stasi bespitzelt. Er studierte in Pécs (Fünfkirchen) Ökonomie und später an der Theologischen Akademie in Budapest und an der Theologischen Hochschule in Luzern Theologie. Er arbeitete als Gymnasiallehrer und Katechet in der Schweiz. Er promovierte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien, habilitierte an der Evangelischen Universität in Budapest und ist seitdem Dozent an protestantischen theologischen Hochschulen. (Bild: Márton Kállai)

Ungarn macht seit ein paar Jahren negative Schlagzeilen. János Wildmann ist in Ungarn geboren und lebt nach einem fast 20-jährigen Aufenthalt in der Schweiz seit 1998 wieder in seinem Heimatland. Er gibt uns einen tieferen Einblick in die Verhältnisse vor Ort.

SKZ: Im April 2018 wurde Viktor Orbán das vierte Mal zum Ministerpräsidenten gewählt. Welche politischen Ziele setzte er für die kommende Amtszeit?

János Wildmann: Orbán plant nicht nur für die nächsten vier Jahre, sondern bis 2030. Und wenn nicht etwas Aussergewöhnliches passiert, kann sein Plan aufgehen, denn die politischen Rahmenbedingungen hat er dementsprechend festgelegt. Die meisten Ziele, die er in seiner Antrittsrede im Mai nannte, sind keine Neuigkeiten. So versprach er, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen, Schnellstrassen und Autobahnen zu bauen, den Export ungarischer Firmen um 50 Prozent zu erhöhen. Beobachter hoben eher Aussagen aus der Antrittsrede hervor, die etwas vom Demokratieverständnis des ungarischen Regierungschefs und vom voraussichtlichen Verhältnis Ungarns zur Europäischen Union verraten. Was das Erstere betrifft, so fiel auf, dass Orbán nicht mehr von illiberaler, sondern von einer christlichen Demokratie sprach.

Was versteht er darunter?

Nachdem Orbán 2014 seine illiberale Demokratie proklamiert und dabei Regime als Vorbilder erwähnte, «die weder westlich, noch liberal, noch liberal-demokratisch» orientiert sind, musste er viel Kritik einstecken. Er zog aus dieser Kritik die Konsequenzen und wechselte das Vokabular, aber der Inhalt ist derselbe geblieben. In der orbánschen Demokratie kommen christlich-demokratische Werte nur in Spuren vor.

Was verbindet er denn mit «christlich»?

«Christlich» ist für Orbán v. a. eine kulturelle Kategorie, die mit liberalen Werten nichts zu tun hat. In seiner Antrittsrede im Frühjahr bekräftigte er, dass «die Ära der liberalen Demokratie zu Ende ist. Sie ist *untauglich* geworden, die Würde

des Menschen zu verteidigen, *untauglich*, die Freiheit zu gewähren, sie kann die physische Sicherheit nicht mehr garantieren und kann nicht einmal die christliche Kultur aufrechterhalten.» Eine christliche Demokratie aber könne all dies tun und ausserdem auch noch «die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das traditionelle Familienmodell verteidigen, den Antisemitismus mässigen [...] und eine Chance zum Überleben und Wachstum unserer Nationen geben.»

Wie verhalten sich die Kirchen gegenüber der Politik Orbáns?

Als während der zweiten Regierungszeit von Orbán zwischen 2010 und 2014 die Kritik aus dem Ausland wegen des Abbaus der Rechtsstaatlichkeit zunahm, verteidigten ihn wiederholt Kirchenmänner. Der reformierte Bischof István Bogárdi Szabó warf westlichen Politikern vor, in der schwierigen wirtschaftlichen Lage im ungarischen Premier einen Prügelknaben zu finden. Der katholische Erzbischof Balázs Babel bezeichnete in einem Artikel die gegenüber der ungarischen Regierung kritischen EU-Politiker als «Sklavhalter», die «mit der Macht des Geldes erzwingen wollen, dass wir gehorchen». Nach dem katholischen Erzbischof Gyula Márfi sei die herrschende Kraft in Europa «antichristlich» und «ultraliberal».

Gibt es auch kritische Stimmen?

Ja, zum Beispiel zu Orbáns Flüchtlingspolitik. So widersetzten sich führende kirchliche Persönlichkeiten der Regierungslinie. Der Benediktinerabt Asztrik Várszegi wies das Klosterpersonal an, die Pforten zu öffnen, wenn daran geklopft wird. «Wir können niemanden draussen lassen, das würde dem Evangelium widersprechen.» Die Bischöfe Miklós Beer von Vác (Waitzen) und János Székely von Szombathely (Steinamanger) nahmen Flüchtlinge in ihren Bischofspalast auf und baten die Gläubigen ihres Bistums, den Emigranten zu helfen. Ähnlich handelten auch einzelne Pfarrer. Sie alle aber mussten vom Kirchenvolk viel Kritik einstecken.

Interview: Maria Hässig

Das Interview in voller Länge als Bonusbeitrag unter www.kirchenzeitung.ch



In Privataudienz globale Krisen erörtert

Der Schweizer Bundespräsident Alain Berset ist am 12. November in Rom von Papst Franziskus in Privataudienz empfangen worden. In Würdigung des Ortes twitterte Berset denn auch gleich auf Latein!



Vatikan

Papst Franziskus im Gespräch mit dem Schweizer Bundespräsidenten Alain Berset | © Keystone

Im Mittelpunkt des knapp halbstündigen Gesprächs im Apostolischen Palast standen nach Angaben von Alain Berset Fragen der Migration sowie das Engagement für internationalen Dialog, Frieden und Menschenrechte.

Naher Osten erneut Gesprächsthema

Es war das zweite Treffen des Bundespräsidenten mit dem Papst in diesem Jahr. Im Juni hatte Berset das Kirchenoberhaupt anlässlich dessen Besuchs beim Weltkirchenrat in Genf begrüsst. Damals erörterten die beiden unter anderem Friedenslösungen für den Nahen Osten.

Das Thema spielte laut Berset auch eine Rolle bei den jetzigen Gesprächen. Die Schweiz nehme in der syrischen Region eine andere Rolle ein als andere Staaten, sei aber «präsent für die Unterstützung des Dialogs, für die Mediation», so der Bundesprä-

sident. Darin liege eine besondere Stärke der Schweiz.

Humanitäre Tradition hervorgehoben

In einem anschliessenden Treffen mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und dem päpstlichen Aussenbeauftragten Erzbischof Paul Gallagher sei es neben verschiedenen Krisenlagen wie in Syrien, Libanon und Korea auch um eine Regelung der Migration durch den Uno-Globalpakt gegangen, sagte Berset nach dem Besuch vor Journalisten in Rom.

Besondere Stellung der Schweiz

Auch Kardinalstaatssekretär Parolin habe betont, für den Vatikan sei die Schweiz nicht irgendein Land; es werde «ganz genau hingeschaut». Berset verwies weiter auf die internationale Wertschätzung der humanitären Tradition der Schweiz.

Einvernehmen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Schweizer Bundesregierung besteht nach den Worten des Bundespräsidenten auch darin, auf multilaterale Ansätze zur Lösung internationaler Probleme zu setzen. Im Blick auf Syrien hob Berset hervor, es müsse eine sichere, würdige, geordnete und freiwillige Rückkehr der Bürgerkriegsflüchtlinge organisiert werden. Die Voraussetzungen dafür seien allerdings «nicht ganz erfüllt».

Garde «pragmatisch» verbessern

Weiter betonte Berset die Bedeutung der Schweizergarde. Diese Präsenz im Vatikan sei wichtig. «Wir versuchen sehr pragmatisch die Situation zu verbessern», so der Bundespräsident. Die Unterstützung der päpstlichen Truppe sei «vor allem eine menschliche».

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Hinstehen und Zeichen setzen

Die Aussage in der Erklärung des Rats der Religionen ist deutlich: Der Schutz verfolgter Menschen gehört zu den Aufgaben der Religionen. Dies geschieht auch bereits in vielfältiger Weise, sowohl in Krisengebieten wie hier im Land. In der Schweiz besteht zudem ein guter Kontakt zwischen den Religionsvertretern, was den gemeinsamen Einsatz für Flüchtlinge erleichtert. Das mag selbstverständlich erscheinen, ist es aber nicht. Menschen auf der Flucht sind gezwungen, ihren Kulturkreis und oft auch ihre religiöse Heimat zu verlassen. Manchmal liegen auch die Gründe für eine Flucht in der Religionszugehörigkeit. Und dort, wo sich Flüchtlinge dann aufhalten können, stellt die Konfession vielleicht wieder ein Hemmnis für einen Neuanfang dar. «Flüchtlinge können manchmal nur ihren Glauben mitnehmen», sagte Bischof Charles Morerod an der Präsentation der interreligiösen Erklärung. Darum ist es zentral, dass in der Betreuung von Flüchtlingen Glaube und Religion Beachtung finden. Hier haben die Religionsgemeinschaften in den Aufnahmeländern die Aufgabe, sich unmittelbar zu engagieren. Auch das funktioniert in der Schweiz gut. Nun sind die Vertreter des Rats der Religionen einen Schritt weiter gegangen. Mit der gemeinsamen Erklärung lassen sie sich an ihren Taten messen. Und sie stellen Forderungen an Politik und Staat. Damit machen sich Religionsvertreter nicht überall beliebt. Aber das gehört dazu, wenn man sich dem Weltgeschehen aus dem Glauben heraus stellt. «Gegenüber ist immer ein Mensch» lautet der Titel der Erklärung. Das in Erinnerung zu rufen, ist immer wieder nötig. Es über Religionsgrenzen hinaus zu tun, ist ein starkes Zeichen.



Martin Spilker
Redaktor kath.ch

Religionsgemeinschaften sprechen mit einer Stimme für die Flüchtlinge

Mitglieder des Schweizerischen Rats der Religionen haben erstmals eine gemeinsame Erklärung zu Flüchtlingsfragen unterzeichnet.

Es war ein feierlicher Akt, als die hochrangigen Vertreter der drei monotheistischen Religionen ihre Tinte im Empire-Saal des Restaurants zum Äusseren Stand in Bern unter die interreligiöse Erklärung setzten. Der Bischof der Christkatholischen Kirche Schweiz und Vorsitzende des Schweizerischen Rats der Religionen, Harald Rein, sagte in seinem Eingangswort: «Mit diesem Papier soll ein starkes Zeichen gesetzt werden.»

Nicht selbstverständlich

Im Gespräch mit kath.ch betonte der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz (SBK), Charles Morerod, die Wichtigkeit dieses gemeinsamen politischen Engagements der Religionen in der Schweiz. Denn selbstverständlich sei dies nicht, zumal Religionen auch Ursache für Gewalt sein könnten. «Es ist wichtig, zu zeigen, dass wir nicht nur im

Sinne unseres eigenen Glaubens agieren, sondern weil uns die Gemeinschaft aller Menschen wichtig ist», so Morerod.

Fünf Appelle

Im Dokument mit dem Titel «Gegenüber ist immer ein Mensch» formulieren die Vertreter von Christen, Juden und Muslimen fünf Appelle zur schweizerischen Flüchtlingspolitik: Schutz vor Ort, legale Fluchtwege, faire und effektive Asylverfahren, Integration und Rückkehr in Würde.

Die Erklärung wurde Nationalrats-Vizepräsidentin Marina Carobbio übergeben. Gemäss Charles Morerod ist auch ein Treffen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga vorgesehen. Der SBK-Präsident wies speziell auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Religionsgemeinschaften und politischen Behörden hin. (vr/sys)



Mitglieder des Rats der Religionen mit der unterzeichneten Erklärung | © Vera Rüttimann

Fortsetzung von letzter Seite

Globale Krisen erörtert

Er verwies aber auch auf das offene Problem, die Situation ehemaliger Gardisten bei der Altersversorgung angemessen zu berücksichtigen. Der Bundespräsident besuchte im Rahmen seiner Vatikan-Visite die Schweizergarde dann gleich selber. Dort stand ein Mittagessen mit Gardekommandant Christoph Graf auf dem Programm.

Vermittlung ohne verborgene Agenda

Nach dem Besuch im Vatikan reiste Alain Berset zu einer internationalen Libyen-Kon-

ferenz nach Palermo weiter. Die Schweiz spiele in der Diskussion um eine Konfliktlösung seit Langem eine Rolle, «aber ziemlich diskret und ziemlich effizient», wie es in Rom benannt wurde.

Die Teilnahme an der Konferenz könne ein gutes Signal sein, da die Schweiz für ihre Fähigkeit zur Mediation bekannt sei. Als vorteilhaft nannte Berset es, dass das Land keine Kolonialvergangenheit habe und daher als Vermittlerin ohne verborgene Agenda gelten könne. Diesen Punkt habe auch Papst Franziskus unterstrichen, so der Bundespräsident. (cic)

«Bei mir ging es um eine wegweisende Entscheidung»

Vom 9. bis 11. November haben sich mehr als 700 Jugendliche am Adoray-Festival in Zug getroffen. Eine regelmässige Teilnehmerin ist die 21-jährige Bianca Forster aus dem sankt-gallischen Niederwil.

Als auf der Bühne im Chor der Kirche St. Michael die Musiker zu Geige, Gitarre, Piano und Schlagzeug schreiten, halten viele in der Kirche den Atem an. Scheinwerfer tauchen die Szene in bonbonfarbenes Licht. Dann erklingt «Pfingstsequenz». Es ist eines dieser Lieder, das für Gänsehaut sorgt und von mehreren Hundert Menschen vielstimmig mitgesungen wird.

In den Bänken steht auch Bianca Forster und hält beim Refrain dieses Liedes die Arme in die Höhe. Sie kennt diesen Ohrwurm, denn seit 2013 fährt die Ostschweizerin jeden November nach Zug zum Adoray-Festival. Schon am Freitag ist sie angereist und hat mit vielen an der Lichterprozession durch die Altstadt teilgenommen.

Das Leben auf Gott ausrichten

Beim Fisherman-Stage am Nachmittag in der St.-Michaels-Kirche erfährt Bianca Forster, wie die Lobpreis-Bewegung entstanden ist. Es war im Jahr 2004, als Jugendliche in Zug und Luzern eine Gebetsgruppe gründen wollten. «Das war die Geburtsstunde von Adoray», berichtet Jean-Uriel Frey von der «Gemeinschaft der Seligpreisungen».

Mit 16 habe sie einer Predigt gelauscht, wo es um die Frage ging: Will ich wirklich radikal mein Leben für Jesus investieren? Die Studentin erzählt: «Bei mir ging es zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr um den kindlichen Glauben, den ich bis dahin hatte, son-



Bianca Forster besuchte das Adoray-Festival in Zug. | © Vera Rüttimann

dern um eine wegweisende Entscheidung.» Von da an habe sie sich Gedanken darüber gemacht, in welcher Weise sie ihr Leben auf Gott ausrichten könne.

Berufsziel Entwicklungshilfe

Bianca Forster liebt Afrika. Sie spricht am Adoray-Festival oft von diesem Kontinent. Gerade hat sie an der Universität Bern ein Medizinstudium begonnen.

Später möchte sie auf dem Schwarzen Kontinent in der Entwicklungshilfe arbeiten. «Das Bedürfnis, zu helfen, entwickelte sich bei mir schon früh», sagt sie.

Das Festival dauert bis tief in die Nacht. Einige Besucher sitzen oder liegen auf dem Boden. Die Kirche – ein Wohnzimmer. Nach dem letzten Lied leert sich die St.-Michaels-Kirche und auch Bianca Forster zieht es nun zur Chillout-Lounge, wo bereits die Bässe wummern.

Beeindruckt von Adoray

Spät in der Nacht denkt sie noch einmal über die Entstehung von Adoray nach und sagt: «Ich finde es beeindruckend, wie aus etwas Kleinem, das mit wenigen Leuten begann, so etwas Grosses entstehen konnte.»

Vera Rüttimann

Über 40 Prozent der muslimischen Jugendlichen lehnen den Westen ab

Die Ergebnisse der Studie zu Extremismus unter Jugendlichen überraschen den Islamwissenschaftler Andreas Tunger-Zanetti nicht.

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und die Haute Ecole de Travail Social Fribourg (HETS-FR) haben im vergangenen Jahr eine landesweite, aber nicht repräsentative Befragung zur Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen durchgeführt. Im Fokus standen nebst dem islamistischen Extremismus auch der Rechts- und der Linksextremismus.

Dabei wurden rund 8300 Jugendliche im Alter von 17 bis 18 Jahren in zehn Kantonen

befragt. Fast jeder zehnte Befragte (9,6 Prozent) gehörte dem Islam an, heisst es in der Studie. 43 Prozent der befragten jungen Muslime lehnen westliche Gesellschaften ab. Fast zwei Drittel teilen etwa die Ansicht, wonach «Muslime durch den Westen unterdrückt werden».

Bei den islamistischen Verhaltensweisen stellten die Forscher fest, dass physische Gewalt selten vorkommt. Insgesamt hätten 2,6 Prozent der befragten Muslime in den zurückliegenden zwölf Monaten körperliche

Gewalt ausgeübt. 5,4 Prozent hätten von «Terrorfantasien» berichtet.

Der Luzerner Islamwissenschaftler Andreas Tunger-Zanetti zeigte sich auf Anfrage nicht überrascht von den Ergebnissen der neuen Studie. «Ich halte die Ergebnisse für insgesamt plausibel», so der Koordinator des Zentrums Religionsforschung an der Universität Luzern.

Aufgefallen sei ihm allerdings die hohe Zustimmungsrate von rund 20 Prozent bei den Aussagen zur Scharia. Tunger-Zanetti relativiert aber sofort: «Die Forderung nach einer Einführung der Scharia von der Schweizer Schulbank aus ist etwas völlig Utopisches. Ein junger Mensch kann da sehr leicht sagen, er finde das gut.» Hier schwingt für ihn auch eine Art von Protest mit.

Barbara Ludwig

Schweiz

Selbstbestimmungsinitiative bedroht laut Fastenopfer Menschenrechte

Das katholische Hilfswerk Fastenopfer bezeichnet die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative (SBI) als Angriff auf die Menschenrechte. Ein Nein stärke die Arbeit «all unserer Partnerorganisationen, die sich unter lebensgefährlichen Bedingungen für Menschenrechte von Frauen, Indigenen, Bäuerinnen, Bauern und Landlosen einsetzen», unterstreicht Doro Winkler, die beim Fastenopfer für Rohstoffe und Menschenrechte zuständig ist. (gs) (Bild: Dorothea Winkler | © D. Bruggmann)



Comic lädt zum Nachdenken über Wirtschaftsfragen ein

In der Comic-Broschüre «Wirtschaft ist Care» stehen Sätze wie «Würdest du leben, wenn deine Eltern nur gegen finanzielle Anreize für dich gesorgt hätten?». Mit dem Dokument wolle die «Frauensynode» einladen, sich auf einen Perspektivenwechsel in der Wirtschaft einzulassen, sagte die Theologin und Co-Autorin Regula Grünenfelder. Die 24 Seiten starke Broschüre erscheint in einer Auflage von 5000 Exemplaren. (bal)

Ausland

Vatikan bindet US-Bischöfe bei Massnahmen zu Missbrauch zurück

Der Vatikan interveniert überraschend bei der Herbsttagung der US-Bischöfe. Die Bischöfe wollten eine Laienkommission schaffen.

Impressum

Katholisches Medienzentrum Redaktion kath.ch
Pfungstweidstrasse 10, CH-8005 Zürich

Telefon: +41 44 204 17 80
E-Mail: redaktion@kath.ch

Blattverantwortlich: Regula Pfeifer
Redaktion dieser Ausgabe: Martin Spilker

kath.ch erscheint als Beilage der Schweizerischen Kirchenzeitung.

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet.

fen, die die Aufklärungsarbeit untersuchen sollte. Auch sollte eine externe Organisation beauftragt werden, Missbrauchsanzeigen gegebenenfalls direkt an Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Einige der sichtlich irritierten Bischöfe fragten offen, ob der Vatikan die Ernsthaftigkeit der Situation in der US-Kirche verstehe. (kna)

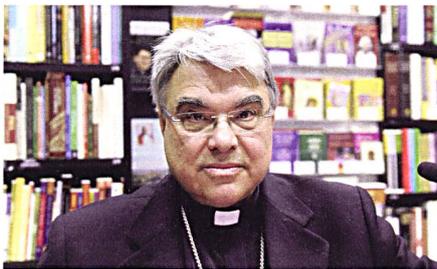
Muslime empört über eingeschränkte Gebetszeiten im Tadsch Mahal

Muslime in Indien reagieren empört auf weitreichende Einschränkungen der Gebetszeiten am islamischen Heiligtum Tadsch Mahal. Dies sei ein weiterer Affront der hindu-nationalistischen Regierung von Premierminister Narendra Modi. Die Entscheidung, nur noch Muslime aus der nahegelegenen Stadt Agra und auch nur freitags von 12 bis 14 Uhr im Tadsch Mahal beten zu lassen, sei «Teil eines besorgniserregenden Trends», erklärten Vertreter islamischer Organisationen. (kna)

Vatikan

Kurienreform zielt auf eine Stärkung der Verkündigung

Der geplante Gesetzestext für die Kurienreform von Papst Franziskus durchläuft derzeit eine kurieninterne Beratung. Das geht aus einem Beitrag des Sekretärs des Kardinalsrates, Bischof Marcello Semeraro, in der Vatikanzeitung «Osservatore Romano» hervor. Der Arbeitstitel der Konstitution, «Praedicate evangelium» («Verkündet das Evangelium»), benennt laut Semeraro das Ziel der Reform: sämtliche Organe der Kurie, wie der Kirche überhaupt, noch stärker auf die Verkündigung des Evangeliums auszurichten. (cic) (Bild: Marcello Semeraro | © KNA)



Päpstliche Universität richtet Studiengang Friedensforschung ein

Die Päpstliche Lateran-Universität in Rom bekommt einen interdisziplinären Studiengang für Friedens- und Konfliktforschung. Angesichts eines wachsenden Bedarfs an Konfliktprävention und Konfliktlösung und um «Völkern und Ländern den Weg zum Frieden zu weisen», müsse die Kirche solche Initiativen unterstützen, schrieb Papst Franziskus an den Grosskanzler der Universität, Kardinal Angelo De Donatis. (cic)

Social Media

Extremismus unter Jugendlichen

Ein grosser Teil muslimischer Jugendlicher lehnt laut einer Studie die westliche Lebensweise ab. Den Experten überrascht das nicht. Bei unseren Usern auf Facebook hat das eine heftige Kontroverse ausgelöst.

Dario Eisenberg hat kritisiert, dass kath.ch nicht bereits im Titel erwähnt, dass die Studie nicht repräsentativ sei, das werfe «sehr schnell ein verfälschtes Bild» auf diese Jugendlichen.

Verständnis zeigt Markus Bütler, der schreibt: «Der Islam ist mehr als eine Religion. Er ist die Leitkultur für die ganze Welt. Für Alternativen wie die westliche Lebensweise ist da kein Platz.»

«Möglicherweise spielt der verletzte Stolz eine Rolle», schreibt Urs Derendinger. Denn: «Da der Islam ständig als eine der westlichen Kultur unterlegene Kultur bezeichnet wird, wäre ich auch beleidigt, wenn ich aus dieser Kultur komme.»

Für Medat Azde spielt die Religion aber keine Rolle: «Ist egal wer, ob Christ oder Muslim, diejenigen, die diese Werte nicht teilen, sollen doch dort leben, wo gewünschte Regeln und Werte herrschen.»

Lukas S. Brühwiler hält dem entgegen: «Zu einem Staat muss man sich nicht bekennen.» Viele Christen würden den säkularen Staat auch ablehnen.

Friedrich Lorenz schliesslich sieht das alles ganz pragmatisch: «Solange sie unsere Gesetze befolgen ... Veganer lehnen auch «unsere» Ernährungskultur ab.» (ms)

Zitat

«Beruhigend am Christentum ist, dass schwache Typen wie Petrus – mein Namenspatron – eine wichtige Rolle spielen. Es wimmelt in der Bibel von Losern.»

Pedro Lenz

Der Schriftsteller spricht im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» über seinen Bezug zur Bibel und über die Volksfrömmigkeit, die ihn in seiner Kindheit im bernischen Langenthal geprägt hat. Lenz predigte am 11. November im Zürcher Grossmünster.

Wer hat Angst vor dem Christentum?

Freidenker Valentin Abgottspon entfernte in seinem Schulzimmer das Kreuz. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder ordnete das Aufhängen von Kreuzen in den Ämtern an. Das Kreuz mit dem Kreuz.

In der Schweiz sollten auch weiterhin christliche Symbole wie etwa das Kreuz im öffentlichen Raum nicht nur erlaubt, sondern als Teil der eigenen Identität gewürdigt werden. Und doch ist gerade das Kreuz als öffentlich sichtbares Symbol in den letzten Jahren immer mehr infrage gestellt worden. Man möchte es aus der Wahrnehmung der Menschen entfernen, wie die Glocken, die religiösen Argumente im öffentlichen Diskurs, die konfessionell gebundene Seelsorge im Spital und den konfessionellen Unterricht im Schulzimmer. Ein für alle wahrnehmbares Christentum als Spiegelbild der eigenen Kultur: nein danke. Denn es stelle im Zeitalter des Multikulturalismus und der religiösen Neutralität des Staates eine Diskriminierung der Nichtchristen dar. Und es sei Rechtspopulismus, wenn das Christentum angesichts der Migrantenströme zur Leitkultur hochstilisiert werde. Leuten wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, Markus Söder und Gerhard Pfister (Präsident CVP Schweiz), die Jesus auf die Fahne ihrer Programme malen, gehe es doch nur darum, Stimmung gegen Zugewanderte zu machen und ihnen unsere Lebensweise aufzuzwingen.

Öffentlicher Raum gehört den Menschen

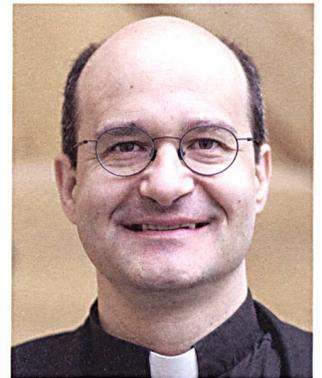
Gegen eine solche Sichtweise sprechen vor allem zwei Gründe. Erstens wird hier der Staat mit dem öffentlichen Raum gleichgesetzt. Zweifellos ist der Rechtsstaat religiös neutral und darf keine Religion obrigkeitlich durchsetzen. Aber es ist nicht Aufgabe dieses Staates, den öffentlichen Raum zu gestalten. Dieser gehört den Menschen, die in ihm leben. Solange in unserer Gesellschaft überzeugte Christen leben – sowie übrigens auch Nichtchristen, die im Christentum ein zu würdigendes Fundament unserer Freiheitskultur erkennen –, ist es angemessen, wenn sich diese Überzeugung im öffentlichen Raum spiegelt. Das Argument, die Neutralität des Staates verbiete die öffentliche Präsenz des Christentums, hat zur stillschweigenden Voraussetzung, der Staat sei deckungsgleich mit dem öffentlichen Raum. Das ist jedoch nur in totalitären Staaten der Fall. Ein freiheitsbewusstes Europa sollte sich nicht in diese Richtung entwickeln. Zweitens verkennt der aggressive Laizismus die

geschichtlichen Zusammenhänge. Alexis de Tocqueville¹ hat einmal gesagt: «Die Freiheit ist eine Tochter des Christentums. Der Despotismus kann auf die Religion verzichten, die Freiheit nicht.» Was der französische Denker formuliert hat, lebt weiter im Böckenförde-Diktum²: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.» Diese Voraussetzungen bestehen nicht zuletzt in Grundsätzen, die sich dem jüdisch-christlichen Erbe verdanken. Ohne Christentum hätte es keine Kultur der Freiheit, keine Aufklärung und auch keine Religionsfreiheit gegeben. Das säkulare Prinzip, die Trennung von Religion und Politik, gehört zum Fundament des Westens und ist erst mit Jesus Christus in der Geschichte der Kulturen wirkmächtig geworden.

Notwendige Aufklärung über die Aufklärung

Angesichts dessen ist plakatives Eintreten für religiöse Symbole und kirchliche Präsenz im öffentlichen Raum nicht ausreichend. Aufgabe der kirchlichen Verkündigung, der am Christentum orientierten Geisteswissenschaft und Politik wäre es vielmehr, den ursächlichen Zusammenhang zwischen Christentum, Aufklärung und Moderne zu thematisieren sowie eine Aufklärung über die Aufklärung zu betreiben. Auch bedarf es einer Aufklärung über die unersetzbare Bedeutung des christlichen Glaubens für die Unverhandelbarkeit der Würde jedes Menschen und für die Menschenrechte. Nur wenn wir in Zukunft besser vertreten, dass das Christentum trotz seiner in Vergangenheit und Gegenwart begangenen Sünden kein Gegner des freiheitlichen Westens, sondern dessen Voraussetzung ist, werden die Menschen in einem öffentlich sichtbaren Kreuz oder im Klang einer Glocke nicht den Machtanspruch einer Religion sehen, die sich über andere erheben will. Vielmehr werden sie im Kreuz ein Zeichen für das Fundament erkennen, auf dem die Freiheit des Westens ruht. Das Christentum ist auch das Fundament der Freiheit der Andersgläubigen. Und vor diesem Fundament der Freiheit aller braucht niemand Angst zu haben.

Martin Grichting



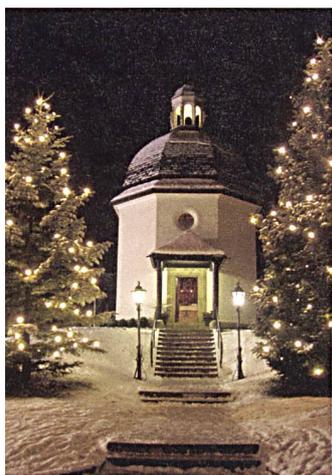
Dr. habil. Martin Grichting (Jg. 1967) ist seit 2009 Generalvikar des Bistums Chur. Er gehört der Herausgeberkommission der Schweizerischen Kirchenzeitung an.

¹ Alexis Charles-Henri-Maurice Clérel de Tocqueville (1805–1859) war ein französischer Politiker, Historiker und Publizist.

² Ein viel diskutierter Satz des deutschen Staats- und Verwaltungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde.

Musikalisches Sinnbild für Weltfrieden

Vor 200 Jahren erklang das Lied «Stille Nacht» zum ersten Mal. Heute ist es in der ganzen Welt bekannt und das Weihnachtslied schlechthin.



Als der musikalisch begabte Hilfspriester Joseph Mohr (1792–1848) seine Stelle in Oberndorf bei Salzburg (A) antrat, traf er dort auf den Organisten Franz Xaver Gruber (1787–1863). Am 24. Dezember 1818 übergab er Gruber ein von ihm verfasstes Gedicht mit der Bitte, eine Melodie dazu zu schreiben. Diese sollte für zwei Solostimmen und Chor sein, dazu eine Gitarrenbegleitung. Es wird vermutet, dass die Orgel kaputt war und Mohr deshalb zur Gitarre griff. Das Gedicht selbst hatte Mohr schon 1816 geschrieben. Gruber schrieb die Melodie noch am selben Tag und so sangen sie das Lied «Stille Nacht! Heilige Nacht!» bereits an diesem Heiligabend, vermutlich nach der Christmesse an der Krippe.

Das Lied erobert die Welt

Dieses so untypische Kirchenlied – auf Deutsch gesungen – gefiel den Gläubigen und so mancher erbat sich eine Abschrift des Liedes. Wie das Lied kurze Zeit später ins Zillertal gelangte, ist nicht restlos geklärt. Es ist aber überliefert, dass die Geschwister Rainer bereits an Weihnachten 1819 «Stille Nacht» in der Kirche von Fügen sangen. Drei Jahre später sollen sie es gar bei einem Besuch von Kaiser Franz I. von Österreich und Zar Alexander I. von Russland vorgetragen haben.

Durch die Sängerfamilien Rainer und Strasser wurde das Lied in Europa verbreitet. Am 15. Dezember 1832 gaben die Geschwister Strasser in Leipzig ein Konzert, an dem sie auch «Stille Nacht» vortrugen. Der Verleger Friese liess das Lied mitschreiben und so erfolgte 1833 ein Erstdruck des Liedes. Zu diesem Zeitpunkt galt «Stille Nacht» als traditionelles Tirolerlied – ein Verfasser wurde nicht angegeben – und Melodie und Text waren im Laufe der wenigen Jahre bereits verändert worden.¹ Besonders markant war die Reduktion der ursprünglich sechs Strophen auf drei; dabei wurde auch deren Reihenfolge geändert in 1/6/2.²

1839 reiste die Sängerfamilie Rainer mit dem Lied im Gepäck nach Amerika. Dort verbreitete es

sich rasch. Durch katholische und protestantische Missionare wurde «Stille Nacht» in alle Welt hinausgetragen. Heute sind Übersetzungen in mehr als 300 Sprachen bekannt.³ Seit der ersten Einspielung auf Schallplatte (1905) gehört es zu den meistverkauften Weihnachtsliedern weltweit.

Auf der Suche nach dem Ursprung

Es ist König Friedrich Wilhelm IV. von Preussen zu verdanken, dass Mohr und Gruber als Autoren des Liedes bekannt wurden: Nach einem Auftritt der Geschwister Strasser nahm der Berliner Domchor «Stille Nacht» in sein Repertoire auf und König Friedrich Wilhelm IV. kürte es zu seinem Lieblingslied. Als die Herkunft des Liedes geklärt werden sollte, stiess man eher zufällig auf Franz Xaver Gruber, der daraufhin die Entstehungsgeschichte in seiner «Authentischen Veranlassung» (1854) festhielt. Mohr erlebte diese späte Anerkennung nicht mehr, er war bereits 1848 gestorben.

Ein Lied stärker als der Krieg

Am 28. Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg. An Heiligabend sangen an der Flandernfront deutsche Soldaten in ihren Schützengräben Weihnachtslieder, darunter das allen Nationen bekannte «Stille Nacht». Dies führte zu einem spontanen Waffenstillstand. Feinde trafen sich im «Niemandland» zwischen den Schützengräben, um Tabak oder Nahrungsmittel auszutauschen, Fussball zu spielen, einen gemeinsamen Gottesdienst zu feiern und – Weihnachtslieder zu singen. «Stille Nacht» gilt bis heute als Inbegriff dieses Weihnachtsfriedens, aber auch für den mit Weihnachten verbundenen Frieden überhaupt.

Die österreichische Unesco-Kommission hat im März 2011 das Lied als «Stille Nacht – das Lied zur Weihnacht» in die Liste des immateriellen Kulturerbes Österreichs aufgenommen.

Rosmarie Schärer

Stille-Nacht-Kapelle in Oberndorf bei Salzburg (A). (Bild: Gakuro)

Der Originaltext des Liedes und eine Liste der Neuerscheinungen von Büchern zum Lied finden sich als Bonusbeiträge unter www.kirchenzeitung.ch.

¹ Unsere heutige Liedfassung entspricht dieser Tirolerweise. Die erste Strophe der Originalversion ist zu hören unter www.stillnacht.at/music/strophe1.mp3.

² Ausführlicher in Klek, Konrad, Stille Nacht!, in: Cardo. Ein Bazar für das theologische Studienjahr Jerusalem, 16 (2018), 7 f.

³ Auf www.silentnight.web.za finden sich 143 Übersetzungen des Liedes.

Aus einem kleinen Anfang ...

Was vor 30 Jahren sehr bescheiden begann, ist inzwischen zur grössten, in vielen Teilen der Schweiz fest verankerten Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder geworden.

Sternsingen ist mehr als eine Sammelaktion und die Tradierung eines lebendigen Brauches. Kinder und Jugendliche lernen bei der Vorbereitung auf das Sternsingen die Lebenswelt von Kindern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien kennen. Die Erfahrung zeigt, dass die unmittelbare Begegnung einen tiefen Eindruck hinterlässt, bei den Kindern aus der Schweiz und aus dem betreffenden Land.

Neben dem jährlichen Beispielland steht ein Thema exemplarisch im Fokus. Bei der kommenden Aktion sind es Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Peru.

«Yancana Huasy»

Im Armenviertel Canto Grande in der peruanischen Hauptstadt Lima befindet sich das Zentrum «Yancana Huasy» für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Das Zentrum ist ein langjähriger Partner des Kindermissionswerkes und setzt sich für die Inklusion von Kindern mit Behinderung in der peruanischen Gesellschaft ein. Es ist einzigartig in ganz Peru, weshalb Kinder von weither kommen, um die Fördermöglichkeiten nutzen zu können. «Yancana Huasy» (Quechua) bedeutet übersetzt «Haus der Arbeit». Etwa 1000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung besuchen jährlich das Zentrum. Dieses begleitet Kinder mit Behinderung und deren Familien. Die Eltern und die Geschwister werden in die Therapie mit einbezogen. Sie sollen lernen, wie sie die behinderten Kinder ins Familienleben einbinden können. Ziel der Arbeit des Zentrums ist es, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung als wertvolle und gleichwertige Menschen wahrgenommen und geschätzt werden.

In Peru leben rund 5 bis 8,9 Prozent der Bevölkerung mit einer Behinderung. Auch wenn Peru zum Schutz von Kindern mit Behinderung wichtige Konventionen unterzeichnet hat, haben nur wenige Kinder Zugang zu Schulbildung. Diese wiederum ist wichtiger Bestandteil und Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn Kinder sollen nicht auf ihre Behinderung reduziert, sondern wie alle anderen Kinder als neugierige, entwicklungsfähige und bereichernde Geschöpfe Gottes gesehen werden. Dafür will die Aktion Sternsingen 2019 Verständnis wecken. Deshalb lautet dieses Mal der Slogan: «Wir gehören zusammen».

Frohbotschaft für alle

Die kirchliche Tradition hat aus den Sterndeutern (Mt 2,1–12) drei Könige gemacht, die aus den damals bekannten Kontinenten Asien, Europa und Afrika stammen. Wo der Stern stehen bleibt, finden sie ein Kind und seine Mutter Maria. Voll Freude bringen sie ihm Gold, Weihrauch und Myrrhe als Geschenke. Die Botschaft des Heils, die allen Völkern gilt, tragen sie mit sich nach Hause – in alle Welt. Diese Dynamik setzen die Kinder fort, indem sie als die Heiligen Drei Könige Kaspar, Melchior und Balthasar zu den Häusern gehen: Die frohe Botschaft gilt allen Menschen. Die Sternsinger haben Anteil am Sendungsauftrag der Kirche. Es ist ihr Auftrag, dass der Segen Gottes zum Segen für die Menschen wird. Die Aktion Sternsingen ist auf diese Weise Ausdruck einer lebendigen Kirche und wird an den allermeisten Orten – von kirchennahen und -fernen Menschen, aber auch von Angehörigen anderer Konfessionen, Religionen und Kulturen – mit grossem Wohlwollen aufgenommen.

30 Jahre – ein Grund zum Feiern

Es war ein bescheidener Anfang, den Missio mit der Aktion Sternsingen 1989 unternahm. Die Schweizer Bischofskonferenz übertrug damals die gesamtschweizerische Verantwortung und Koordination für das Sternsingen an Missio. Gerade einmal Fr. 37 000.– kamen im ersten Jahr zusammen. Doch im Laufe der Jahre steigerte sich das Sammelergebnis bis es 2005, im 17. Jahr, die Millionengrenze überschritt. Mit der aktuellen Aktion feiert Missio das 30-Jahr-Jubiläum. Hinter diesen Zahlen verbergen sich zahllose Stunden an freiwilliger Arbeit durch Frauen und Männer, unzählige Kinder und Jugendliche, die aktiv geworden sind – und heute vielleicht selber Sternsingergruppen begleiten – und mehrere tausend Projekte für Kinder und Jugendliche in aller Welt. Aus diesen bescheidenen Anfängen ist die grösste Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder in anderen Teilen der Welt geworden.

Diese Solidarität wird stark bleiben. Das heisst auch, dass die Konfessionsgrenzen überschritten werden und die Aktion Sternsingen an immer mehr Orten ökumenisch und entsprechend den örtlichen Gegebenheiten durchgeführt wird.

Siegfried Ostermann



Siegfried Ostermann (Jg. 1970) ist Theologe und arbeitet bei Missio im Büro der deutschen und rätoromanischen Schweiz im Bereich Weltkirche und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Aktion Sternsingen 2019

«Wir gehören zusammen». Über das Beispielland und das Thema schuf das Kindermissionswerk «Die Sternsinger» in Aachen einen kindergerechten Film, der unter www.sternsingen.ch einsehbar ist. Auf dieser Webseite finden sich weitere Materialien zur Aktion Sternsingen.

Den Artikel in voller Länge und Bilder aus Peru finden Sie als Bonusbeitrag unter www.kirchenzeitung.ch

Tischlein deck dich – (k)ein Märchen

In der Schweiz sind über 600 000 Personen von Armut betroffen. Gleichzeitig werden jährlich zwei Millionen Tonnen einwandfreie Lebensmittel vernichtet.

Der Verein «Tischlein deck dich»* verteilte im Gründungsjahr 1999 18 Tonnen Lebensmittel an armutsbetroffene Menschen in der ganzen Schweiz, 2017 waren es 3440 Tonnen. Diese beiden Zahlen zeigen bereits, wie notwendig das Angebot ist. Bei den Lebensmitteln handelt es sich um einwandfreie Waren, die von über 800 Produktpendern (aus Landwirtschaft, Grosshandel und Industrie) zur Verfügung gestellt und sonst vernichtet werden würden. So wird nicht nur Menschen in Not geholfen, sondern auch konkret etwas gegen die Lebensmittelverschwendung getan. Möglich wird dies durch den engagierten Einsatz vieler Freiwilliger wie z. B. Esther Scholl und Evelyne Röthlisberger.

Von der Begeisterung zur Umsetzung

Scholl und Röthlisberger sind die Initiantinnen der 125. Abgabestelle von «Tischlein deck dich», die am 11. Januar in Solothurn-West eröffnet wurde. Den Anstoss dazu gab der Ehemann von Evelyne Röthlisberger. Er war in seiner Funktion als Leiter eines Sozialdienstes in einer anderen Gemeinde beim Aufbau einer solchen Abgabestelle beteiligt. Er war davon so begeistert, dass sich seine Frau und auch Esther Scholl davon anstecken liessen. Ein ganzes Jahr dauerten die Abklärungen. Zunächst mit der Organisation von «Tischlein deck dich». Dann mussten Fragen geklärt werden wie: Wer stellt uns einen Raum zur Verfügung? Wie finden wir genügend freiwillige Mitarbeiter? Wer nimmt die übrig gebliebenen Lebensmittel? Einen geeigneten Raum fanden sie im reformierten Kirchgemeindehaus, und bereits seit Beginn machen 28 Freiwillige mit. Gefunden wurden diese nicht über Inserate oder Aufrufe, sondern durch Mund-zu-Mund-Propaganda. Viele engagieren sich in einer Kirche und haben so untereinander Kontakt, oder sie kennen sich von der Arbeit.

Mit wenig Einsatz viel erreichen

Erkennbar sind die Freiwilligen an ihren roten T-Shirts und den angehängten Namensschildern. Sie stehen immer donnerstags für die Abgabe der Nahrungsmittel bereit. «Wir arbeiten mit vier Grundteams, die jeweils einmal im Monat zum Einsatz kommen. Daneben gibt es weitere Freiwillige, die nach Bedarf eingesetzt werden kön-

nen», erklärt Röthlisberger. Alle Mitarbeitende schätzen an ihrem Einsatz besonders, dass sie mit geringem Aufwand viel bewirken können.

Die Öffnungszeiten der Abgabestelle sind von 15 bis 16 Uhr, doch die Freiwilligen sind bereits schon kurz vor 14 Uhr bei der Arbeit. Zunächst stellen sie die Tische für die Waren an die Wände des Raumes. Danach tragen sie Stühle in den Vorraum. Dort können die Kunden später warten, bis sie aufgerufen werden.

Mit einem kleinen Lastwagen bringt Manuel Friedli die Lebensmittel zur Abgabestelle. Er leistet hier seinen Zivildienst und hat sich für diese Aufgabe freiwillig gemeldet. «Das Thema Lebensmittelverschwendung ist mir persönlich sehr wichtig», führt er aus. «Ich habe darüber bereits in der Schule eine Arbeit geschrieben.» Er hilft den Freiwilligen die Kisten hineinzutragen und nimmt gleich den Verpackungsabfall wieder mit.

Auspacken, zählen, rechnen

Die Waren werden ausgepackt und auf die Tische verteilt. Wichtig ist, dass gekühlte Lebensmittel sofort in die Kühlboxen gelegt werden. Die Vorschriften sind hier sehr streng.¹ Jetzt beginnt eine eher mühsame Arbeit. Die einzelnen Lebensmittel werden gezählt und die genaue Anzahl jeweils auf einem Post-it notiert. Anhand eines Verteilschlüssels wird ausgerechnet, wer wieviele Stücke eines Lebensmittels aufgrund seiner Haushaltsgrösse erhält. Dieser Verteilschlüssel wird anhand der letzten Warenausgaben berechnet und stimmt ziemlich gut. Das Zählen und Rechnen nimmt Zeit in Anspruch, gewährt aber, dass alle gleich viel erhalten – egal ob sie bereits um 15 Uhr kommen oder erst um 15.45 Uhr. Dieser Ablauf wurde von «Tischlein deck dich» festgelegt und hat sich bewährt. «Man merkt, dass diese Abläufe aus der Praxis heraus entstanden sind», hält Röthlisberger fest.

Damit jemand bei «Tischlein deck dich» Waren beziehen darf, braucht er eine Bezugskarte. Diese werden bei der regionalen Koordination Sozialfachstelle beantragt und schliessen jeweils alle Familienangehörigen mit ein. Am allerersten Abgabetag waren es 16 Bezugskarten, mit denen Kunden für sich und ihre insgesamt 52 Angehörigen Waren bezogen. «Im Mai hatten wir einen Rekord von 30 Bezugskarten», erzählt Scholl.

*Der Verein «Tischlein deck dich» rettet Lebensmittel vor der Vernichtung und verteilt diese jede Woche an aktuell 126 Abgabestellen an 18 400 Menschen in Not. Neben 24 Festangestellten engagieren sich rund 2900 Freiwillige im Verein, der sich ausschliesslich über Spenden finanziert. Weitere Informationen unter www.tischlein.ch.

¹ «Tischlein deck dich» untersteht dem Lebensmittelgesetz. Die Vorschriften gelten an allen Abgabestellen sowie Logistikplattformen.



Vier der vielen Freiwilligen bei «Tischlein deck dich»: Evelyne Röthlisberger, Claudia Lehmann, Liliane Hintermann und Esther Scholl (v.l.) (Bild: rs)

Zwischen Freude und Scham

Die Kunden bezahlen einen symbolischen Beitrag von einem Franken und ziehen eine Wäscheklammer mit einer Nummer aus dem Sack. Die Nummer bestimmt die Reihenfolge, in der sie die Waren abholen dürfen.

Es ist genau 15 Uhr. Scholl nimmt die erste Abgabekarte und ruft laut: «Nummer eins!» Sofort meldet sich eine Frau. Scholl begrüsst sie freundlich und geht mit ihr in den Raum mit den Waren. Dort gehen sie von Tisch zu Tisch und schauen, was angeboten wird. Bei Bedarf erklärt sie der Kundin, was dieses Lebensmittel genau ist und wie man es essen oder zubereiten kann. «Unsere Kunden freuen sich immer, wenn es neben den Lebensmitteln auch Hygieneartikel hat», erzählt Scholl. «Diese sind ja sehr teuer.» An diesem Tag hat es neben Duschmittel sogar einige Spiele für Kinder.

Manchen Kunden sieht man die Freude an, wenn es ein Produkt gibt, das sie besonders mögen.

Vor allem die Kinder freuen sich über die Süßigkeiten. Doch es gibt auch Kunden, die das Ganze nur so schnell als möglich hinter sich bringen möchten. Sie schämen sich für ihre Armut. «Aus diesem Grund nennen wir hier auch keine Namen», erklärt Röthlisberger. «Wir sehen natürlich die Namen auf der Bezugskarte, doch wir sind in diesem Punkt konsequent.» Gerade die Schweizer hätten oft Mühe damit, dass sie auf das Angebot von «Tischlein deck dich» angewiesen seien. «Ich versuche ihr Selbstvertrauen zu stärken, indem ich mich bei ihnen bedanke, dass sie Lebensmittel nehmen, die sonst weggeworfen würden.»

Es ist 16 Uhr, die letzten Kunden sind gegangen. Die Freiwilligen packen die übrig gebliebenen Lebensmittel ein. Eine Mitarbeiterin des Asylzentrums holt sie später ab. So werden wirklich alle Lebensmittel verwendet und nichts wird weggeworfen.

Rosmarie Schärer

Impressum

Schweizerische Kirchenzeitung

Fachzeitschrift für Theologie und Seelsorge sowie amtliches Organ der Bistümer Basel, Chur, St. Gallen, Lausanne-Genf-Freiburg und Sitten. Erscheint zweiwöchentlich, Doppelnummern im Juli, Oktober und Dezember. Auflage: 1900 Expl.

Anschrift/Redaktion

Arsenalstrasse 24
Postfach 1064
6011 Kriens LU
Tel. 041 318 34 97
redaktion@kirchenzeitung.ch
www.kirchenzeitung.ch

Leitende Fachredaktorin
Dr. Maria Hässig (mh)

Fachredaktorin
Mth Rosmarie Schärer (rs)

Produzentin/Geschäftsführerin
Brigitte Burri (bb)

Herausgeber

Die Bischöfe von Basel, Chur und St. Gallen

Herausgeberkommission

Die Generalvikare:
Dr. Markus Thürig (Solothurn)
Dr. Martin Grichting (Chur)
Guido Scherrer (St. Gallen)

Redaktionskommission

Pfr. Heinz Angehrn (Malvaglia)
Pfr. Dr. Roland Graf (Unteriberg)
Dr. Thomas Markus Meier (Oberbösgen)
David Wakefield (Luzern)

Abo-Service

Tel. 041 318 34 96
abo@kirchenzeitung.ch

Einzelnummer CHF 9, Doppelnummer CHF 15 (exkl. Versand), Jahres-Abo Inland CHF 169 (Ausland CHF 199), Jahres-Abo Studierende CHF 98 (Ausland CHF 128), Kennenlern-Abo (4 Ausgaben) CHF 35.

Abonnenten erhalten Zugriff auf das Digitalangebot der SKZ (E-Paper; weiterführende Artikel, Dossiers und Archiv) unter www.kirchenzeitung.ch

Inserate-Service

Telefon 041 318 34 85
inserate@kirchenzeitung.ch

Druck und Verlag

Brunner Medien AG, Kriens
www.bag.ch

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Für einverlangtes Material gehen alle Rechte an die Herausgeber über. Die Wiedergabe von Beiträgen (Print und Online), auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Die Panoramaseiten «kath.ch» sowie die amtlichen Mitteilungen verantworten die jeweils publizierenden Institutionen.

Amtliche Mitteilungen

ALLE BISTÜMER

Die neuen Lektionare

Die neue, revidierte Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift wird seit Ende 2016 in verschiedensten Ausgaben und Publikationsformen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Da sie in ihrer Eigenschaft als offizieller katholischer Bibeltext in deutscher Sprache die bisherige Fassung abgelöst hat, steht nun auch ihre Verwendung in der Liturgie an.

Die Lektionare mit dem erneuerten Bibeltext (für die Lesejahre A, B und C sowie für Werktage, besondere Anlässe usw.) werden sukzessive ab dem 1. Advent 2018 eingeführt, beginnend mit dem Band für das Lesejahr C. Wenn auch die Lektionare für die Lesejahre A und B vorliegen, wird zudem das neue Evangeliar erscheinen. Ab dann ist der Gebrauch der neuen Bücher verpflichtend.

Die Schweizer Bischöfe

BISTUM BASEL

Ausschreibung

Die vakant werdenden Pfarrstellen St. Katharina Iffenthal SO, Maria Himmelfahrt Olten SO, St. Martin Olten SO, St. Mauritius Trimbach SO und St. Josef Wisen SO im Pastoralraum SO 11 Olten werden für einen Gemeindeleiter/Pastoralraumleiter / eine Gemeindeleiterin/Pastoralraumleiterin (100%) per 1. Dezember 2018 oder nach Vereinbarung zur Wiederbesetzung ausgeschrieben.

Interessierte Personen melden sich bitte bis 13. Dezember 2018 unter personalamt@bistum-basel.ch oder per Post an: Bischöfliches Ordinariat, Abteilung Personal, Baselstrasse 58, 4500 Solothurn.

Bischöfliche Kanzlei Basel

BISTUM CHUR

Voranzeige Priesterweihe in der Kathedrale in Chur

Am Samstag, 8. Dezember 2018, um 10.00 Uhr, wird Diözesanbischof Vitus Huonder in der Kathedrale in Chur Herrn *Diakon Nuno Castello-Branco Bastos* das Sakrament der Priesterweihe spenden. Der Priesteramtskandidat wurde am 30. Juni 2018 von Diözesanbischof Vitus Huonder in der Kapelle im Bischöflichen Ordinariat in Chur zum Diakon geweiht (und nicht in der Kirche des Priesterseminars St. Petrus in Wigrazzbad, wie fälschlicherweise in der SKZ vom 5. Juli 2018, Nr. 13/2018 angegeben). Alle sind herzlich zum Weihgottesdienst eingeladen.

Bischöfliche Kanzlei Chur

BISTUM ST. GALLEN

Institutiofeier in Gossau

Am 3. November nahm Bischof Markus Büchel in der Andreaskirche in Gossau SG zwei Religionspädagoginnen

und zwei Religionspädagogen per Institutio in den Dienst des Bistums St. Gallen auf:

- *Monika Eberhard*, katholische Kirche Region Rorschach;
- *Simon Sigg*, Seelsorgeeinheit Gossau;
- *Gessica Cinardo*, Seelsorgeeinheit St. Gallen Zentrum;
- *Thomas Schwarz*, Seelsorgeeinheit Appenzeller-Hinterland.

Begleitet wurden sie auf ihrem Ausbildungs- und Berufseinführungsweg vom Regensteam P. Raffael Rieger und Barbara Walser. In der Feier versprachen die vier, ihren Dienst zusammen mit dem Bischof und allen Mitarbeitenden in der Seelsorge auszuüben, in Treue zum Evangelium und zur Kirche. Bischof Markus versprach seinerseits, ihnen mit Respekt zu begegnen und sich zu bemühen, ihnen Aufgaben zu übertragen, die den Bedürfnissen des Bistums wie ihren eigenen Fähigkeiten entsprechen. Dann übergab der Bischof allen das Evangeliar. In seiner Predigt nahm der Bischof die Lesung aus dem Petrusbrief (3.15–16) auf: «Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die Euch erfüllt. Antwortet aber bescheiden und ehrfürchtig [...]»



Bischof Markus, Regens Raffael Rieger und Simon Sigg (v.l.).

Zu den Personen

Monika Eberhard stammt aus Waldkirch SG und wuchs in Dorf ins kirchliche Leben hinein. Nach der Ausbildung zur Detailhandlungsangestellten in einer Bäckerei und der Bäuerinnenschule war sie mehrmals für längere Zeit im Ausland. Durch diese Erfahrungen und durch die Freiwilligenarbeit in der Pfarrei wuchs in ihr der Wunsch, das RPI in Luzern zu absolvieren. *Monika Eberhard* ist eine dynamische, motivierte Frau, die anpackt und gerade auch junge Menschen vom Glauben begeistern kann. In der Jugendarbeit fühlt sie sich besonders wohl.

Simon Sigg wuchs in Rheineck SG auf. Er absolvierte eine Detailhandelsausbildung im Elektronikbereich. Schon als Kind wuchs *Simon Sigg* in den katholischen Glauben hinein. Er war Ministrant, Ministrantenleiter, Lektor und Initiator diverser Projekte. Gute Erfahrungen machte er in Jugendlagern der Schönstatt-Bewegung, und er ist eng mit den Steyler Missionaren verbunden. Mit ihnen zusammen baute er den Freundeskreis Steyler Missionare auf. *Simon Sigg* ist ein einfühlsamer Mensch mit offenem Herzen, der, wie er in der Bitte zur Institutio geschrieben hat, nun sein Hobby zum Beruf gemacht hat.

Gessica Cinardo stammt aus einer italienischen Familie und wurde in ihrem Heimatort Rorschach SG von der Mis-

sione catolica geprägt. Die ausgebildete Hebamme blieb der Mission immer treu, sowohl im Katecheseunterricht wie auch als Mitglied und Leiterin der Jugendgruppe. So wurde ihr Wunsch immer grösser, in diesem Bereich noch aktiver zu werden, und der Weg führte sie ans RPI nach Luzern. Gessica Cinardo heiratete während ihrer Ausbildung und wurde Mutter. Es ist ihr ein grosses Anliegen, sich für das Bistum St. Gallen zu engagieren, dessen pastorale Praxis sie kennen und schätzen gelernt hat.

Thomas Schwarz ist ein Stadt-St. Galler. Schon als Kind gab es wichtige Berührungspunkte mit Kirche und Religion, besonders geprägt wurde sein Glaube in der Flade (katholische Kantonsekundarschule St. Gallen). Er war unter anderem Ministrant, Lektor und Pfarreirat. Beruflich begann sein Weg im Spielwarendetailhandel. Die Entscheidung, sich im RPI anzumelden, brauchte Zeit, aber es war der richtige Schritt. Thomas Schwarz arbeitete in der Seelsorgeeinheit Zentrum St. Gallen und nun in Herisau AR. Er hat eine ruhige Art und die Fähigkeit, anderen Menschen mit grosser Wertschätzung zu begegnen.

Kommunikationsstelle des Bistums St. Gallen

ORDENSGEMEINSCHAFTEN

Missionsgesellschaft Bethlehem

Im Herrn verschieden

Der Taiwan-Missionar Bruder Julius Felder ist im Missionshaus gestorben. Geboren am 26. Mai 1933, wuchs Julius in Luzern auf und machte in Emmenbrücke die Lehre als Bauzeichner. Nach Arbeiten in Architekturbüros schloss er sich am 3. Dezember 1960 der Missionsgesellschaft Bethlehem als Bruder an. Als versierter Bauzeichner reiste er 1965 in die Mission nach Taiwan aus. Die neue Umgebung weckte seine Begabung als Architekt, und so gestaltete er eine grosse Zahl von Kirchen und Zentren für religiöse Gemeinschaften. Er verstand es, die Gebäude gegen Erdbeben und Taifune zu sichern. Die Regierung wurde darauf aufmerksam und zeichnete ihn für sein Werk aus. 2005 kehrte Julius in die Schweiz zurück. Er widmete sich dem Malen von Landschaftsbildern. Aus gesundheitlichen Gründen kam er 2015 in die Pflegeabteilung, wo er am 18. Oktober 2018 friedlich starb und auf dem Friedhof der Missionsgesellschaft begraben wurde.

Joe Elsener

**Ein ganzes Jahr Freude schenken
mit einem Geschenk-Abonnement der**

SKZ Schweizerische Kirchenzeitung

Geschenk-Abonnement: CHF 169
Schnupper-Abonnement: CHF 35

Bestellung: abo@kirchenzeitung.ch | www.kirchenzeitung.ch/Abonnemente

migratio

SCHWEIZER BISCHOFSKONFERENZ
CONFÉRENCE DES ÉVÊQUES SUISSES
CONFERENZA DEI VESCOVI SVIZZERI

Die Schweizer Bischofskonferenz ist der Zusammenschluss der römisch-katholischen Bischöfe und Territorialäbte in der Schweiz. Sie führt in Fribourg ihr Generalsekretariat mit 15 Mitarbeitenden. Zum Generalsekretariat der Schweizer Bischofskonferenz gehört die Dienststelle migratio, verantwortlich für die Migrantenpastoral auf nationaler Ebene.

Wir suchen per 1. Dezember 2018 oder nach Vereinbarung zur Unterstützung des Nationaldirektors migratio eine(n)

Sachbearbeiter/in migratio (50 %) Arbeitsort Fribourg

Ihre Aufgaben

- Anlaufstelle für die anderssprachigen Missionare und weitere Anspruchsgruppen aus Kirche (Seelsorge und Verwaltung), Gesellschaft und Staat
- Selbstständige Bearbeitung von Dossiers und Projekten
- Vorbereitung, Protokollieren und Nachbearbeitung von Kommissionssitzungen
- Führen und Abarbeiten der aktuellen Pendenzenliste der Dienststelle
- Zusammenstellen von Statistiken, Erarbeitung von Argumentationshilfen und Hintergrundfakten zu verschiedensten Fragestellungen der Migrantenseelsorge
- Mithilfe bei der Jahresberichterstattung und der Erarbeitung von seelsorgebezogenen Aspekten der Sprachmissionen und anderer Migrantenseelsorgestellen
- Unterstützung und allfällige Vertretung des Nationaldirektors – dem Sie linienmässig unterstellt sind – gemäss den anstehenden Aufgaben

Ihr Profil

Sie verfügen über eine solide kaufmännische Ausbildung oder einen Hochschulabschluss. Sie interessieren sich für das Leben der Kirche und der Migrantinnen und Migranten und bringen Erfahrung im Umgang mit komplexen Organisationsstrukturen mit.

Sie verfügen über sehr gute Office-Anwenderkenntnisse, beherrschen die deutsche Sprache in Wort und Schrift und verfügen über gute Französischkenntnisse. Migrationshintergrund und weitere Sprachen sind von Vorteil aber kein Muss.

Ihre Belastbarkeit, Teamfähigkeit, Flexibilität und Ihr organisatorisches Geschick zählen ebenso zu Ihren Stärken wie eine exakte und speditiv Arbeitsweise. In einem multikulturellen Umfeld zu arbeiten bereitet Ihnen Freude. Ihre Konfession ist römisch-katholisch.

Ihre Bewerbung

Interessiert? Dann senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit dem Vermerk «Sachbearbeitung migratio» per E-Mail an Frau Ruth Wicky über die Adresse: ruth.wicky@bischoefe.ch.

Für Rückfragen steht Ihnen selbstverständlich auch Herr Prof. Dr. Patrick Renz, Nationaldirektor migratio, unter Tel. 026 510 15 15 oder Tel. 079 608 60 16 gerne zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Ihr Interesse und Ihre Bewerbung.

Röm.-kath. Kirchgemeinde St. Josef,
Burghaldenstrasse 5,
8810 Horgen



Wir suchen per August 2019 oder nach Vereinbarung eine(n)

einen Diakon oder Pastoralassistent/-in (Teilzeit oder 100 %)

Unser Diakon tritt in den Ruhestand, daher suchen wir als Ergänzung für unser Seelsorgeteam eine erfahrene Persönlichkeit, die bereit ist, sich zum Wohle unserer Kirchgemeinde zu engagieren.

Zu Ihrem Aufgabengebiet gehört insbesondere:

- Mitarbeit in Verkündigung, Liturgie und Seelsorge
- Leitung der Firmvorbereitung
- Co-Leitung Katecheseteam
- Religionsunterricht Oberstufe
- Familienpastoral
- Mitarbeit im Bereich Ökumene
- Erwachsenenbildung

Sie bringen mit:

- Abgeschlossenes Theologiestudium und absolvierter Pastoralkurs
- Freude an der Arbeit mit Menschen aller Altersstufen, besonders mit Kindern und Jugendlichen
- Arbeitsfreude, Selbstständigkeit, Kreativität, Loyalität und Teamfähigkeit

Wir bieten Ihnen:

- Einen attraktiven Arbeits- und Wohnort (auf Wunsch kann eine moderne, helle 4½-Zimmer-Dienstwohnung in unserem Pfarreizentrum zur Verfügung gestellt werden)
- Zeitgemässe Anstellungsbedingungen gemäss Anstellungsordnung der röm.-kath. Körperschaft des Kantons Zürich
- Gestaltungsspielraum bei der Ausformung Ihres Tätigkeitsbereiches
- Eine aufgeschlossene und engagierte Pfarrei

Weitere Auskünfte erteilen Ihnen gerne Pfarrer Dr. Adrian Lüchinger, Tel. 044 727 31 27, a.luechinger@kath-horgen.ch sowie Frau Dorothee Garrido, Personalverantwortliche der Kirchenpflege, Tel. 043 377 54 07, d.garrido@kath-horgen.ch.

Einen ersten Einblick in unser Gemeindeleben erhalten Sie unter www.kath-horgen.ch.

Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung.

Aushilfe
 Priester, CH, pens., früher Lehrer,
 übernimmt Aushilfen ab Januar.
 Auch sehr kurzfristig. Deutsch-
 schweiz und GR.
 079 791 04 41 Tel./SMS

www.im-mi.ch

Kulturelle und spirituelle Studienreisen nach Spanien
 mit Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Mariano Delgado (Universität Fribourg)
 www.unifr.ch/ird/de
 Auskunft: ird@unifr.ch

Ihr Stelleninserat in der

Beratung/Kontakt: Telefon 041 318 34 85 oder per
 E-Mail: inserate@kirchenzeitung.ch

Für 300 Franken Aufpreis zusätzlich online auf kath.ch

www.kirchenzeitung.ch

- Über 40 Osterkerzenmotive
- Über 60 Taufkerzenmotive
- Altarkerzen
- Opferlichte
- Friedenskerzen
- Grabkerzen
- Zubehör

220 Jahre
 1798-2018

schnyder kerzen

Schnyder Kerzen AG
 Kornhausstrasse 25
 8840 Einsiedeln

schnyder-kerzen.ch
 info@schnyder-kerzen.ch
 Tel.055 412 21 43

animationsstelle kirchliche jugendarbeit
 Dekanat Wil-Wattwil

Die Animationsstelle kirchliche Jugendarbeit (akj) unterstützt und entwickelt kirchliche Jugendarbeit auf der Ebene Pfarrei/Seelsorgeeinheit, Dekanat und Bistum, durch Projekte, Beratung und Begleitung, Vernetzung, Aus- und Weiterbildung von allen in der Jugendarbeit Beteiligten. Die neu gegründete Stelle umfasst derzeit das Gebiet der Seelsorgeeinheiten Oberes Toggenburg, Neutoggenburg und Unteres Toggenburg. Vorerst startet sie mit einer 3-jährigen Pilotphase.

Auf 1. August 2019 oder nach Vereinbarung suchen wir

eine Stellenleiterin/einen Stellenleiter mit einer Anstellung zu 60%, (Pensum erweiterbar bis zu weiteren 40% mit lokaler Jugendkatechese/-arbeit)

Ihre Aufgabenbereiche

- Kernaufgabe:
 - Koordination und Durchführung von regionalen, christlich-spirituell geprägten Jugendanlässen in Zusammenarbeit mit Jugendseelsorger/innen
- Zusätzliche Aufgaben:
 - Vernetzung, Beratung und Begleitung von in der Jugendarbeit Beteiligten
 - Transparente Kommunikation mit den Leitungsgremien der Seelsorgeeinheiten
 - Förderung von Jugendarbeit in der Seelsorgeeinheit durch Bistumsleistungen

Sie bringen mit

- Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit oder Religionspädagogik oder Fachausweis Jugendarbeit nach FORMODULA
- mehrjährige Erfahrung in Projektarbeit mit Jugendlichen möglichst im kirchlichen Kontext
- eine positive Grundhaltung zur katholischen Kirche
- Kompetenz in fachlicher Beratung und Erwachsenenbildung
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Selbstorganisationstalent und Kreativität

Wir bieten

- ein neues, spannendes Arbeitsfeld mit Weiterentwicklungspotenzial
- Zusammenarbeit mit einem motivierten Jugendseelsorger-Team
- Zeitgemässe Anstellungsbedingungen gemäss diözesanen Richtlinien
- Arbeitsraum in Wattwil
- Regelmässige interne und externe Begleitung und Weiterbildung

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne der Dekan Josef Manser. Ihre Bewerbung erwarten wir in digitaler Form bis 1. Dezember 2018 mit den üblichen Unterlagen an Herrn Andy Diethelm, E-Mail: diethelm@reisebuero-lichtensteig.ch

jugendkollekte

der
 Deutschschweizer
 Ordinarienkonferenz
 (DOK)

Von zu Hause bis über den Globus verwirklicht sich die röm.-kath. Kirche

unterstützen Sie Jugendliche in ihrer Glaubensentwicklung
 ermöglichen Sie Austausch über die Region hinaus
 tragen Sie solidarisches Handeln mit

Die Jugendkollekte fördert mit Ihrem Beitrag den Glauben, die christliche Botschaft und den Gemeinschaftssinn von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

www.jugendkollekte.ch

Schweizer Opferlichte EREMITA
 direkt vom Hersteller

- in umweltfreundlichen Bechern – kein PVC
- in den Farben: rot, honig, weiss
- mehrmals verwendbar, preisgünstig
- rauchfrei, gute Brenneigenschaften
- prompte Lieferung

Senden Sie mir Gratismuster mit Preisen

Name _____
 Adresse _____
 PLZ/Ort _____

Lienert-Kerzen AG, Kerzenfabrik, 8840 Einsiedeln
 Tel. 055 412 23 81, Fax 055 412 88 14

LIENERT KERZEN

Fortbildungskurse für Sakristane
 24.-27. März und 27.-30. März 2019

Details finden Sie unter
www.sakristane-schweiz.ch

SKZ Schweizerische Kirchenzeitung

Nr. 22/2018 zum Thema
Supermarkt oder Feinkostladen?
 erscheint am 6. Dezember

AZA
 CH-6011 Kriens
 Post CH AG

SKZ
 Adressänderung an:
 Schweizerische Kirchenzeitung
 Arsenalstr. 24, Pf 1064
 CH-6011 Kriens

ETH Zürich
 Janine Dadier
 ETH-Bibliothek
 Rämistrasse 101
 8092 Zürich ETH-Zentrum

Pastoralraum Bremgarten-Reusstal

Im Pastoralraum Bremgarten-Reusstal, mit den Pfarreien Jonen, Lunkhofen, Zufikon, Hermetschwil-Staffeln und Bremgarten, leben rund 20'000 Einwohner, davon etwa 8'700 Katholiken.

Wir sind eine lebendige Wachstumsregion nahe Zürich, im schönen Naturschutzgebiet Flachsee und ausgerichtet auf das mittelalterliche Städtchen Bremgarten.

Wir suchen per 1. April 2019 oder nach Vereinbarung für die Pfarreien des Pastoralraumes Bremgarten-Reusstal

Eine Pastoralassistentin (80 -100%)
abgeschlossenes Theologiestudium und Berufseinführung Bistum Basel oder gleichwertige Ausbildung.

Sie bringen mit: Teamfähigkeit und Eigeninitiative, Führungsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Aufgeschlossenheit

Das erwartet Sie:
 Engagierte Mitarbeitende in Seelsorge, Diakonie (KRSD) und Liturgie
 Zahlreiche Freiwillige, die das kirchliche Leben mittragen
 Zeitgemässe Infrastrukturen
 Kooperative Anstellungsbehörden

Für Auskünfte stehen Ihnen Andreas Bossmeyer (056 493 21 51), Gemeinde- und Pastoralraumleiter oder Daniela Allenspach (056 631 99 91), Vorsitzende der Präsidentenkonferenz des Pastoralraumes, gerne zur Verfügung.
 Ausführliche Informationen über die Pfarreien des Pastoralraums Bremgarten-Reusstal finden Sie auf unseren Homepages: www.pfarrei-jonen.ch/ www.pfarreilunkhofen.ch/ www.pfarreizufikon.ch/ www.kath-bremgarten.ch/ www.kirche-hermetschwil.ch

Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an:
 Personalamt Bistum Basel, Postfach 216, 4501 Solothurn, personalamt@bistum-basel.ch mit Kopie an Daniela Allenspach, Vorsitzende der Präsidentenkonferenz, Pfarrgasse 4, 5620 Bremgarten, pastoralraum.bremgarten@bluewin.ch.